



Wortprotokoll der 40. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 24. Februar 2016, 18:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Dr. Lars Castellucci, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Tagesordnungspunkt **Seite 3**

Öffentliche Anhörung **zur Umsetzung der SDGs**



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Bilger, Steffen Helfrich, Mark Jung, Andreas Kruse, Rüdiger Lenz, Dr. Andreas Marschall, Matern von Radomski, Kerstin Stein, Peter	Beermann, Maik Benning, Sybille Heiderich, Helmut Hirte, Christian Pätzold, Dr. Martin Pols, Eckhard Weiler, Albert Zech, Tobias
SPD	Castellucci, Dr. Lars Esken, Saskia Pflugradt, Jeannine Träger, Carsten Westphal, Bernd	Kiziltepe, Cansel Lotze, Hiltrud Pilger, Detlev Rebmann, Stefan Thews, Michael
DIE LINKE.	Leidig, Sabine Menz, Birgit	Groth, Annette Möhring, Cornelia
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Walter-Rosenheimer, Beate Wilms, Dr. Valerie	Ebner, Harald Meiwald, Peter



Einziger Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zur Umsetzung der SDGs

dazu Sachverständige:

Dr. Wolfgang Große Entrup

econsense,
Forum für nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V., Vorsitzender des Vorstandes

Prof. Dr. Hubert Weiger

Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V., Vorsitzender

Dr. Anna Würth

Deutsches Institut für Menschenrechte,
Leiterin der Abteilung „Internationale Menschenrechtspolitik“

Uwe Zimmermann

Deutscher Städte- und Gemeindebund, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer,
Powerpoint-Präsentation Ausschussdrucksache 18(23)69-1

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Ich würde jetzt ungewöhnlicher Weise als erster das Wort ergreifen und unserem stellvertretenden Vorsitzenden und amtierenden heutigen Vorsitzenden, Professor Dr. Lars Castellucci, ganz herzlich zu seinem Geburtstag gratulieren. Er hat heute Geburtstag und leitet erfreulicherweise trotzdem die Sitzung. Es freut uns alle, und ich möchte ihm alles Gute aus dieser Runde wünschen.

Stellv. Vors. **Dr. Lars Castellucci** (SPD): Vielen herzlichen Dank. Ich hatte schon vermisst, dass in meinem Sprechzettel steht, dass ich mich selber beglückwünschen muss. Danke, und ich wünsche uns eine gute Sitzung. Herr Jung ist verhindert, er ist bei der Bundesumweltministerin und sicherlich in unserem Sinne unterwegs. Ich werde durch die Sitzung führen.

Wir haben ein bedeutsames Thema, dem wir heute eine öffentliche Anhörung widmen wollen, nämlich die „Umsetzung der SDGs“. Das ist ja schon erstaunlich, dass die Welt überhaupt in der Lage ist, so wie sie im Moment auseinanderläuft,

sich überhaupt auf irgendwas zu verständigen, Und dann noch auf so etwas Vernünftiges, trotz vielleicht vieler anderer Ideen, die es auch noch gegeben hat, oder mancher Widersprüche, die natürlich immer immanent da sind, wenn man über Nachhaltigkeit spricht. Aber da befinden sich eigentlich die Lösungen für viele Fragen, die uns heute tagesaktuell betreffen. Die SDGs richten sich ja im Gegensatz zu den Zielen davor an alle, und so ermutigen sie uns auch, neue Schritte in Richtung Nachhaltigkeit zu unternehmen. Wir gehen sehr ehrgeizig an dieses Vorhaben heran, so wie starke Schultern mehr tragen sollten als schwache Schultern. Denn damit mehr erreicht wird auf dieser Welt, sollten eben auch diejenigen, die mehr leisten können, das in ihren Möglichkeiten Liegende tun. Wenn jeder so heran geht, dann kann die Umsetzung der SDGs auch gut werden.

Wir haben eine hervorragende Expertin und hervorragende Experten hier bei uns, die ich begrüßen möchte. Zuvor möchte ich sagen, dass wir ein Wortprotokoll anfertigen würden. Gibt es Widerspruch? Das ist nicht der Fall, dann wird so verfahren.

Ich begrüße Herrn Dr. Wolfgang Große Entrup, von econsense, Vorstandsvorsitzender Forum für nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V., Prof. Dr. Hubert Weiger, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V., Vorsitzender des Vorstandes, Sie werden begleitet von Christine Wenzl, Ihrer Referentin für Nachhaltigkeit, Frau Dr. Anna Würth, Deutsches Institut für Menschenrechte, Leiterin der Abteilung „Internationale Menschenrechtspolitik, sie wird begleitet von Frau Dr. Claudia Mahler, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Inland, Europa sowie Frau Julia Kercher, und schließlich ist unsere Basis vertreten durch Uwe Zimmermann, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, dort wo eigentlich alles passieren soll, was wir hier beraten oder einfach auch passiert. Und die Frage ist immer, wie wir Sie sinnvoll in Ihren Aktivitäten unterstützen können. Da erwarten wir von Ihnen auch Hinweise.

Wir haben verabredet, dass zunächst fünf Minuten gesprochen wird von den Referentinnen und Referenten in ihren Eingangsstatements. Dazu wurde



auch ein Fragenkatalog im Vorfeld übersandt. Es wird nicht ganz streng geschaut, ob Sie die Fragen abarbeiten. Danach ist die Fragerunde möglich, und da müssen auch nicht genau diese Fragen gestellt werden. Aber es sind alle eingeladen, ihre Fragen an das Podium zu richten.

Wir haben uns vorgenommen, die Umsetzung der SDGs sehr intensiv zu begleiten im Parlamentarischen Beirat. Wir sind mit unseren Kollegen vom Rat für Nachhaltige Entwicklung, namentlich Herrn Professor Dr. Bachmann, schon im Gespräch gewesen, natürlich auch mit der Regierung, vom Bundeskanzleramt Herrn Bundesminister Peter Altmaier. Idealerweise, wie es ist, fällt ja die Frage der SDGs und ihrer Umsetzung jetzt auch zusammen mit der Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland.

Wenn wir einmal auf das Jahr 2016 schauen, dann haben wir ein Jahr, das zum Jahr der Nachhaltigkeit werden kann. Dass es alle so nennen werden am Ende, glaube ich nicht. Es ist ja auch nicht so wichtig, was am Ende oben drüber steht, sondern was inhaltlich passiert. Die Schwierigkeiten, die wir jeden Tag in den Medien haben, die schreien nach nachhaltigeren Vorgehensweisen in der Welt und auch bei uns. Und deswegen glaube ich, dass wir auch in Richtung Nachhaltigkeit in diesem Jahr vorankommen werden. Der Beirat ist jedenfalls gewillt, seinen Beitrag zu leisten und wird jetzt von Ihnen den nötigen restlichen Schub bekommen, den wir vielleicht noch brauchen.

Danke noch einmal für Ihr Kommen. Ich wünsche uns eine gute Sitzung und gute Beratung und gebe Herrn Große Entrup das Wort.

Dr. Wolfgang Große Entrup (econsense): Sehr geehrter Herr Castellucci, meine Damen und Herren Abgeordneten, ganz herzlichen Dank, dass ich bei Ihnen sein darf. Es ist ein für uns als Unternehmen, als Industrie, ganz wichtiges Thema. Sie sprachen es gerade an, dass die Weltgemeinschaft sich auf so etwas verständigen konnte: Vielleicht war es wirklich der Zeitpunkt, nämlich noch im letzten Jahr, dass dies gelingen konnte. Aber wie auch immer. Es ist ein neuer Meilenstein in der Nachhaltigkeitspolitik, und ich denke, es ist gleichzusetzen mit der Brundtland-Definition und

den Rio-Konferenzen, was hier auf Staatenebene erreicht worden ist.

Sicherlich überlagern gerade jetzt andere Themen politisch und gesellschaftlich das Thema „SDGs“. Sie haben es angesprochen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass die SDGs und die Thematik und die Auseinandersetzung damit wirklich in den Unternehmen, in der Industrie angekommen sind. Wir beschäftigen uns intensiv mit Lösungsbeiträgen in dieser Fragestellung, aber auch mit Konsequenzen, die sich aus den SDGs ergeben können. Ich bin nebenbei auch noch Vertreter eines Unternehmens. Wir haben dort eine sehr durchgreifende weltweite Nachhaltigkeitsorganisation. Ich kann Ihnen von daher berichten, wir sind absoluter Vorreiter in Deutschland. Ich kenne kein Land, das sich schon so intensiv mit der Umsetzung, mit der praktikablen Politik im Rahmen der SDGs im Moment beschäftigt. Ich glaube, wir haben eine echte Chance, hier als Deutschland ein Blueprint zu erstellen, mit dem wir dann im Prinzip eine Handlungsanleitung für andere Nationen in der Welt leisten können.

Sie haben gerade die nationale Nachhaltigkeitsstrategie angesprochen. Hier gibt es bekannter Weise einen Fortschrittsbericht, 300 Seiten. Eine echte Fleißaufgabe, die hier erstellt worden ist. Wenn ich das im übertragenen Sinn sagen darf: Wenn wir eine neue Strategie erstellen, dann sollte sie 30 Seiten umfassen. Denn mit 300 Seiten jährlicher Berichte werden wir genau diesen praktikablen, priorisierten Blueprint für die Welt eben nicht erstellen können. Das wird man nicht hinnehmen.

Nachhaltigkeit kann für uns nicht bedeuten, dass wir das Rad zurückdrehen. Wir haben in den letzten 20 Jahren enorme technologische Fortschritte gesehen. Stichworte sind: Digitalisierung, Wissensintensivierung und viele andere Dinge, Wandel der Nachfrage. Und dieser Wandel wird weitergehen. Alle Länder und alle Wertschöpfungsketten werden intensiv erfasst werden. Und das bietet unglaubliche Chancen, ganz neue Lösungswege, ganz neue Kooperationsmodelle anzugehen um diese gewaltigen gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen, die sich in den SDGs abspiegeln, bewältigen zu können. Das



heißt, Wandel und Fortschritt sind für uns eindeutig Chancen und nicht Bedrohungen für Nachhaltigkeit. Wenn Sie den Wandel sehen, dann bietet er eben die Möglichkeit, neue Lösungen für gesellschaftliche und ökologische Herausforderungen zu entwickeln und in der Praxis umzusetzen. Dabei sind Innovationen aus unserer Sicht der absolute Schlüssel.

Nachhaltigkeit darf in dem Themenkomplex „Innovationen, Technologieakzeptanz, Entwicklung von neuen Technologien“ kein Nachzügler oder Bremsen sein, sondern wir müssen mitgehen mit dem technologischen Fortschritt und müssen in vorderster Front agieren. Hier sind natürlich die Unternehmen gefragt. Und hier sind die Unternehmen diejenigen, die - erlauben Sie mir - auch an der Basis sind, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden. Weil wir hier auch die Lösungsbeiträge entsprechend anzubieten haben. Das heißt, was wir brauchen, sind wirklich innovativ-freudige Rahmenbedingungen. Wir brauchen zwangsläufig auch Partizipationsverfahren in Deutschland, um Innovation und Technologie-freundlichkeit zu fördern und zu vertiefen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Politikkohärenz, ein ganz wichtiger Punkt für uns. Wir müssen vermeiden, dass wir am Ende zwei Strategien in Deutschland haben, die Nachhaltigkeitsstrategie und die SDG-Strategie. Nachhaltigkeit braucht Governance. Wir sollten ein Stück weit lernen auch aus der Energiewendediskussion, so dass wir am Ende nicht 16 Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland haben mit all den Herausforderungen für Unternehmen, dies entsprechend zu bewältigen. Das heißt, wir brauchen wirklich eine - ich sage mal - Nachhaltigkeitsstrategie aus einem Guss. Daher auch ein Appell in Richtung Bundeskanzleramt, dass wir dies zusammenführen und hier erkennbar machen, dass wir uns nicht verzetteln wollen.

Wir dürfen auch die einzelnen Ziele, die wir haben, 17 Ziele, nicht als Silos betrachten. Innovationen entstehen immer an den Schnittstellen, und hier gibt es viele Punkte, die zeigen, dass wir es ganzheitlich betrachten müssen. Wir wissen, dass sich hier viele Unternehmen intensiv schon in Lösungsbeiträgen engagieren. Und dies müssen wir weiterhin auch fördern. Das heißt, wir brauchen

in besonderer Bedeutung eben den Beitrag der Unternehmen in den priorisierten Nachhaltigkeitszielen. Sie müssen transparent und messbar gemacht werden. Es gibt viele Ideen, Lösungsbeiträge, die wir hier gern einbringen wollen.

Sie baten auch in einer Ihrer Fragen, kurz zu beantworten, was wir als Unternehmen tun. Econsense ist die Plattform der Nachhaltigkeit der deutschen Wirtschaft und - wie schon gesagt - wir beschäftigen uns intensiv mit den SDGs. Wir waren zum Teil ja als Unternehmen auch in den Entstehungsprozess involviert. Es ist für uns in diesem Jahr ein Leitthema, auch wenn wir das letzte Jahr schon als das Nachhaltigkeitsjahr mit dem G7-Gipfel, mit COP 21 und mit den SDGs ein Stück weit gesehen haben. So ist es vielleicht fast eine Nachhaltigkeitsepoche, in der wir uns im Moment bewegen. Wir werden in diesem Jahr fast alle Gremiensitzungen mit dem Thema aktiv besetzen. Wir sind gerade in dieser Woche mit allen Unternehmen hier bei Siemens in Berlin, wo wir uns aktiv mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen werden. Wir werden unsere Jahrestagung dem Thema „SDGs“ widmen. Und wir werden auch das Berliner Forum im Herbst unter dieses Leitthema stellen und ganz bewusst nationale Strategien mitgestalten wollen, gerade weil wir auch international als Unternehmen aktiv sind. Für uns ist es auch ganz wichtig, dass nationale Strategien, Länderstrategien, europäische Strategien harmonisiert sind, aufeinander abgestimmt sind. Dass wir bei den Indikatoren und in vielen anderen Bereichen - ich erwähne noch einmal die Energiewende, wo wir an der Grenze zu Polen, an der Grenze zu Frankreich, auf Herausforderungen stoßen - abgestimmte Vorgehensweisen haben.

Kurzum, die deutsche Wirtschaft ist aus unserer Sicht stark. Sie ist hochgradig nachhaltig, das belegen viele Ratings und Rankings im internationalen Bereich. Wir sind bestens aufgestellt und stehen von daher als Partner für die Erreichung der Ziele, aber auch als Partner für die Diskussion, um sie zu erreichen, sehr gern zur Verfügung. Vielen Dank.

Stellv. Vors. **Dr. Lars Castellucci** (SPD): Vielen Dank. Herr Professor Weiger bitte sehr.



Prof. Dr. Hubert Weiger (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.): Besten Dank für das Wort und die Möglichkeit, aus der Sicht eines großen Natur- und Umweltschutzverbandes zu den Fragen Stellung zu nehmen. Danke auch, Herr Vorsitzender und meine sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für die Initiative zu dieser Anhörung, die aus unserer Sicht in der Tat von zentraler Bedeutung ist. Denn wir sehen in den SDGs eine große Herausforderung und auch eine zentrale Chance, die Nachhaltigkeitsdebatte in Deutschland auf die richtigen Füße zu stellen. Und zweitens, sie wieder zu intensivieren und sie von einer Beliebigkeitsdebatte nach dem Motto „es ist eigentlich alles nachhaltig, was wir machen“ tatsächlich auch einer kritischen gesellschaftlichen Diskussion zuzuführen.

Wir freuen uns, dass über den Parlamentarischen Beirat hier eine Initiative ergriffen wird, die hoffentlich darauf hinausläuft, dass das Parlament eine zentrale Führungsrolle bei dieser Nachhaltigkeitsdiskussion in unserem Land zu führen hat.

Zu den Herausforderungen: Die erste zentrale Herausforderung ist die, dass wir sicherlich Errungenschaften unserer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie haben, aber wir deshalb noch lange nicht davon reden können, dass wir ein nachhaltiges Land sind. Auch wenn es unbestritten viele Menschen gibt, Unternehmen, Kommunen und Regionen, die sich bemühen: Wir verbrauchen nicht weniger Ressourcen als früher.

Wir haben es auch nicht geschafft, zentrale Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, unter anderem eines der wichtigsten Ziele: die Erhaltung unserer eigenen Lebensgrundlage in Form der Böden. Von daher ist es aus unserer Sicht ganz wichtig, folgendes zu verdeutlichen: Nachhaltigkeit heißt in erster Linie, wir müssen ökologische Grenzen beachten, und wir müssen so wirtschaften, dass wir unsere eigenen Lebensgrundlagen nicht vernichten. Vor diesem Hintergrund, gerade auch im Hinblick auf das, was über die Nachhaltigkeitsziele, die 17 globalen Ziele, nun zusätzlich hier eingebracht wird, halten wir es für ganz zentral, auch in Deutschland tatsächlich die Beendigung von Armut und Hunger als Herausforderung zu sehen. Denn auch wir sind beteiligt an Armut. Wir sind

beteiligt am Hunger. Darauf werde ich im Folgenden noch kurz eingehen.

Von daher ist es eine zentrale Chance, unsere eigene Nachhaltigkeitsstrategie durch die Übernahme der 17 SDG-Ziele tatsächlich um eine zentrale Komponente, die bisher nicht in dieser Bedeutung gesehen wurde, zu erweitern, nämlich die internationale Komponente. Und das heißt, wir müssen in Zukunft uns nicht nur einsetzen für nachhaltiges Wirtschaften und Produzieren in Deutschland, sondern wir müssen auch die Wirkungen unseres Wirtschaftens auf die internationalen Zusammenhänge sehen. Ich glaube, gerade die aktuelle Diskussion um die Flüchtlinge ist nicht ein Grund, die Nachhaltigkeitsdebatte in Deutschland zu reduzieren. Sondern sie müsste ein Anlass sein, die Nachhaltigkeitsdebatte zu intensivieren. Und wir sind natürlich aufgefordert, die Länder des Südens zu unterstützen, dass sie sich selbst einbringen können bei den SDGs.

Das heißt, wenn wir das Stichwort „Nachhaltigkeitsstrategie“ so verstehen, dass wir es tatsächlich ernst meinen, auch national, mit dem 1,5 Grad-Ziel, welches einstimmig in Paris beschlossen wurde, dann heißt es, wir müssen nicht irgendwann, sondern je früher umso besser, je rascher umso besser, aus den fossilen Energieträgern aussteigen. Und dafür brauchen wir in der Tat Innovationen und Akzeptanz. Dafür brauchen wir Maßnahmen und Entscheidungen und entsprechende Strategien. Und das gilt nicht nur national, sondern auch weltweit. Wir sehen gerade in dem Ziel 7 der SDGs, Zugang zu bezahlbaren verlässlichen nachhaltigen und zeitgemäßen Energien für alle sichern, eine Chance, auch die Errungenschaften unseres Landes in Form der Entwicklung dezentraler Energieproduktionsstrukturen auch weltweit mit zur Anwendung zu bringen.

Wir sehen aber auch die Herausforderung, zum Beispiel unsere eigene Agrarpolitik kritisch zu hinterfragen. Stichwort „Exportstrategie“, ob wir uns freuen können als Land, dass wir jetzt der drittgrößte Fleischexporteur der Welt sind. Wenn wir wissen, das geht nicht auf besondere Fähigkeiten unserer Unternehmen zurück, sondern es geht auf die Importe, die wir überwiegend aus Südamerika beziehen, zurück, mit der wir Fleischproduktion unabhängig von der Fläche realisieren.



Und wo wir inzwischen so billig Fleisch produzieren, dass wir in der Lage sind, letztendlich alle anderen regionalen Strukturen aus dem Wettbewerb zu werfen. Und damit klar gegen das Ziel SDG 2, den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit, eine bessere Ernährung zu erreichen, eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern, verstoßen. Von daher sehen wir hier eine zentrale Herausforderung, die nicht einfach zu lösen ist, aber wir müssen uns dieser Herausforderung stellen.

Zur Frage, wie die Strategie zu einem robusten und verbindlichen politischen Instrument werden kann: Wir sind der Meinung, wir müssen Nachhaltigkeitsprüfungen stärken. Wir müssen Managementregeln anpassen. Wir müssen auch über stärkere Gesetze, auch in der Verknüpfung nachdenken. Wir müssen uns auch kritischen Fragen stellen, warum wir bestimmte Ziele nicht erreicht haben, und wir brauchen auch eine Stärkung der Rolle des Parlamentes und der Beteiligung der Zivilgesellschaften.

Wir selbst als Verband werden die Tatsache, dass die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die vor über 20 Jahren von uns gemeinsam mit MISEREOR und später „Brot für die Welt“ entwickelt worden ist, einer kritischen Fortentwicklung unterziehen, um genau, auch in Verbindung mit SDGs, uns diesen Herausforderungen auch als Verband zu stellen. Denn ich glaube, es ist nicht nur die Politik, sondern es sind auch wir alle gefordert, bisherige Strategien einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Danke.

Stellv. Vors. **Dr. Lars Castellucci** (SPD): Vielen Dank. Frau Dr. Würth.

Dr. Anna Würth (Deutsches Institut für Menschenrechte): Herzlichen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr, heute Abend hier zu sein und mit Ihnen über diese wichtige Debatte „SDG-Umsetzung“ nachzudenken. Ich würde gerne, nach der wirtschaftlichen und der umweltpolitischen Perspektive, die menschenrechtliche Perspektive auf die SDGs einbringen. Das sind drei kurze Punkte, die vielleicht

nicht immer so im Mittelpunkt der Debatte stehen. Ich möchte sie einfach nochmal in Erinnerung rufen.

Die SDGs sind ausgerichtet auf die Umsetzung von Menschenrechten und zwar für alle, das sagt die Präambel sehr deutlich. Und die Ziffern 18 und 74 formulieren im Anschluss, dass auch die Prozesse der SDG-Umsetzung an Menschenrechten orientiert sein müssen und dass sie auf den menschenrechtlichen Verpflichtungen, die die Staaten eingegangen sind, beruhen.

Der gesamte Inhalt der Agenda 2030 beruht ebenfalls auf Menschenrechten. Und einige ihrer Ziele und Unterziele orientieren sich zum Teil sogar sehr explizit an bestehenden Menschenrechten.

Und schließlich, das freut den Menschenrechtler besonders: Die Agenda 2030 und die Menschenrechte gelten für alle Länder. Diese Ungleichbehandlung unter der MDG-Regie ist damit zu Ende.

Jedes Land muss Menschenrechte und SDGs umsetzen, im eigenen Land, und durch seine internationale Zusammenarbeit. In, durch, mit ist ja immer das Stichwort, was dabei fällt. Das ist eine Herausforderung, aber es ist eine geteilte Herausforderung und eine gleiche Herausforderung, und das findet der Menschenrechtler der Natur nach schon einmal schön.

Ich würde gerne direkt auf Ihre Fragen eingehen und drei zentrale Herausforderungen bei der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie herausgreifen.

Das eine ist die sehr breite Palette an neuen Themen, die auf die Nachhaltigkeitsstrategie zukommen. Darunter sind „Armut“ und „Gute Regierungsführung“ in Deutschland und durch Deutschland, aber wir sprechen eben auch über in Deutschland. Die Herausforderung ergibt sich für die Zusammensetzung der bestehenden Gremien, in denen, wenn ich das richtig sehe, bislang eher Umwelt- und Entwicklungsexpertise vertreten ist, doch nicht so sehr eine Expertise, die sich mit „Armut in Deutschland“ oder „Guter Regierungsführung“ beschäftigt. Erforderlich ist also, dass



die Gremienarchitektur erweitert wird um eine Expertise, die das abbildet.

Die zweite Herausforderung, es wurde schon erwähnt, ist eine wirksame und breite Beteiligung der Zivilgesellschaft und Verbände. Darunter sind auch dort genau die Gruppen, die zu den neuen Themen in Deutschland arbeiten. Die bisherigen Formate und Beteiligten bleiben hinter den qualitativen Anforderungen der Agenda 2030 bislang zurück.

Und letztlich fragen auch wir uns im Sinne der Ganzheitlichkeit und Politikkohärenz: Was wird die Rolle der Wirtschaft sein? Sie hatten es schon angesprochen. Speziell fragen wir uns, wie Maßnahmen aus dem Prozess des Nationalen Aktionsplanes „Wirtschaft und Menschenrechte“ mit der Nachhaltigkeitsstrategie verzahnt werden können.

Unsere Erwartungen an die Strategie: Sie erwähnten in Ihrer Frage eine robuste und ambitionierte Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie. Das muss sich letztlich an der Agenda messen lassen. Es geht um Verwirklichung von Menschenrechten. Das ist schon eine hohe Latte.

Um auf den Weg dahin zu kommen, sollte die Nachhaltigkeitsstrategie die Empfehlungen, die Deutschland aus dem UN-Menschenrechtssystem bekommen hat und weiter bekommen wird, unbedingt beachten. Der Handlungsbedarf, der in diesen Empfehlungen deutlich wird, liegt unter anderem in den Bereichen Armut, Ungleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Politikkohärenz. Im nächsten Jahr werden dann noch einige Dinge dazukommen, die mit der derzeitigen Situation zu tun haben.

Zur Messung von Fortschritt, mein dritter Punkt: Wir brauchen disaggregierte Daten. Das wissen alle. Aber der Menschenrechtler insbesondere zählt den Fortschritt nicht im nationalen Durchschnitt, sondern bei marginalisierten Gruppen.

Und nicht zuletzt, die Umsetzung der SDGs muss zum Tagesgeschäft beteiligter Ressorts in Bund und Ländern werden. Dafür brauchen wir Zuständigkeiten und Haushaltslinien. Und natürlich

nicht zuletzt eine Befassung in allen parlamentarischen Ausschüssen.

Zum Schluss noch ein Wort, wenn ich es noch ergänzen kann. Was machen wir als Institut für Menschenrechte? Wir arbeiten in unseren regionalen und internationalen Netzwerken daran, dass auch andere nationale Institutionen das Modell „Verzahnung SDGs - Menschenrechte“ umsetzen. Wir werden uns zu den vorgeschlagenen Nachhaltigkeitsindikatoren und entsprechenden Berichten äußern, wahrscheinlich im Rahmen unseres jährlichen Berichtes an den Bundestag. Und wir treten natürlich weiter für eine Beteiligung der Zivilgesellschaft und eine effektive Gesetzesfolgenabschätzung ein. Vielen Dank.

Stellv. Vors. **Dr. Lars Castellucci** (SPD): Herzlichen Dank auch, dass Sie alle so präzise sind, was die Zeit angeht. Herr Zimmermann, Sie schließen die Runde erst einmal ab, und Sie haben eine Powerpoint-Präsentation. Das heißt, Sie können jetzt den Würfel betrachten, der über uns schwebt.

Uwe Zimmermann (Deutscher Städte- und Gemeindebund): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Einladung zur Anhörung zu diesem wichtigen Termin. Ich habe in der Tat eine Präsentation mitgebracht, die 15 Seiten lang ist. Die meisten dieser Folien werde ich nur kurz oder gar nicht ansprechen. Ich habe die Folien vorbereitet, damit das, was die Städte und Gemeinden im Augenblick zu sagen haben, gegebenenfalls nachgelesen werden kann.

Die Fragen habe ich hier aufgelistet. Was sind die zentralen Herausforderungen? Vielleicht ganz kurz: Wir sind in vielen Städten, Gemeinden der Nachhaltigkeitspolitik verpflichtet auf Grund von eigenen Stadtratsentscheidungen. Wir müssen sicherlich, das ist unter Punkt a, darauf achten, dass nicht Gewöhnungs- oder Ermattungseffekte eintreten, sondern dass diese Politik der Nachhaltigkeit immer wieder neu aufgegriffen und vorangetragen wird. Es gibt wahrscheinlich keine der 11 000 Städte und Kommunen in Deutschland, die sich nicht mit Nachhaltigkeitsfragen beschäftigen. Und wir wissen, dass das, was normal ist, irgendwann zum Alltagsgeschäft wird. Auf der einen Seite muss Nachhaltigkeit Alltagsgeschäft sein, auf der



anderen Seite müssen die Dinge aber auch vorangetrieben werden.

Zu den Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind: Bitte, erlauben Sie mir zur vorgerückten Stunde einmal ein Foto und Bild und nicht nur Textfolien. Sie sehen hier das Rathaus der Stadt Brilon. Brilon, weil dort der Pressesprecher unseres Verbandes geboren ist. Darum ist es unser dauerndes Logo. Aber es geht nicht um Brilon, sondern um die Stichworte, die hier auf das Rathaus einströmen, was alles von uns in den Kommunen erwartet wird. Der demografische Wandel soll geschafft werden, steigende Soziallasten, Verschuldung, Infrastruktur und Flüchtlinge. Zu dem Stichwort „Flüchtlinge“ möchte ich gleich noch einiges gern sagen.

Auch dies möchte ich Ihnen heute Abend nicht ersparen: Kommunale Schuldenentwicklung. Gestern hat das Statistische Bundesamt die aktuellen Zahlen für das Haushaltsjahr 2015 vorgestellt mit einem Rekordüberschuss der öffentlichen Hand von über 19 Milliarden Euro. Das heißt, meine Damen und Herren, dass wir über 100 Jahre lang ein derartiges Haushaltsergebnis haben müssten, jedes Mal den Überschuss vollständig für die Schulden ausgeben müssten und wären nach 100 Jahren immer noch nicht fertig, den Schuldenberg abzutragen. Und Zinsen hätten wir gar keine bezahlt. Das ist die Situation, mit der wir konfrontiert sind. Wir Gemeinden mit gut 140 Milliarden Euro Schulden stehen wie die Waisenkinder da gegenüber den Schulden von Bund und Ländern. Aber bei uns ist auch die Last groß. Und wenn man die Folie daneben sieht: Wir haben einen extremen Investitionsrückstand in der Infrastruktur. Mittlerweile von über 130 Milliarden Euro, nach Zahlen des Difu und der KfW, nicht von uns. Und das ist natürlich bei einer Nachhaltigkeitsagenda auch eine konkrete Herausforderung.

Ich habe auch die Folie einmal mitgebracht. „Gleichklang soziale, ökonomische, ökologische Ziele bei der Nachhaltigkeit“. Das ist eine Übersicht der Entwicklung der sozialen Ausgaben der Kommunen und der Infrastrukturinvestitionen. Sie sehen, dass sie seit 20 Jahren fast stagnieren die Infrastrukturinvestitionen. Die Sozialausgaben steigen stetig an. Das heißt, an der Stelle brauchen wir auch eine Korrektur. Und um Nachhaltigkeit

sicherstellen zu können, muss sich hier in dieser Ausgabendynamik, was die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen angeht, einfach sehr viel ändern.

Migration und Integration: Das Thema ist eines, das wir uns vor einem Jahr in den Städten hätten gar nicht vorstellen können, aber nicht nur in den Kommunen, sondern auch im Bund und in den Ländern. Wir sind mit unglaublich vielen Herausforderungen konfrontiert. Und es ist uns eines wichtig zu betonen: Dass die Herausforderungen von Integration und Migration nicht in Stellung gebracht werden dürfen gegen andere politische Ziele. Auch nicht gegen die der Nachhaltigkeit. So dass für uns die Herausforderung ist, das, was wir schaffen müssen in der Migration und Integration, nachhaltig zu schaffen und nicht gegen die Nachhaltigkeit. Das heißt zum Beispiel, wir müssen sehr viel Wohnraum schaffen. Das wird Flächenverbrauch nach sich ziehen. Es wird sich die Frage stellen, wie wir energetisch bauen können, ob wir das finanzieren können.

Wir müssen uns mit der Integration der Flüchtlinge, mit der Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts auseinandersetzen, und all das muss finanziert werden. Wir haben noch keine ganz konkrete Zahl. Ich denke auch nicht wie Länder oder Bund, was all dies kosten wird. Aber es wird eine ganze Menge Geld kosten. Wenn wir das erfolgreich schaffen, werden wir davon auch einen echten Benefit generieren können. Aber das ist ein ganz weiter Weg, um dort anzukommen.

Die konkreten Erwartungen: Wir möchten einen kohärenten partnerschaftlichen Ansatz in der Nachhaltigkeitsstrategie von Bund, von Ländern und von Kommunen. Wir möchten eingebunden sein. Wir glauben, dass wir da nicht die alleinigen, aber wesentlichen Akteure sind. Und dass die Strategie ohne uns wahrscheinlich nicht effektiv umgesetzt werden kann.

Was die Fragen 3 und 4 angeht: Wir glauben, was die Überprüfung angeht, die Instrumente angeht, dass der Indikatorenkasten, der Instrumentenkasten ausreichend ist. Wir glauben eigentlich nicht, dass wir weitere neue Indikatorensysteme oder Instrumentensysteme brauchen. Wir brauchen eher



eine Konsolidierung des Vorhandenen oder Etablierung dessen, was aus unserer Sicht schon relativ gut funktioniert.

EU, das Stichwort ist mir noch wichtig: Das, was wir in der Nachhaltigkeitspolitik machen in den Kommunen, ist natürlich nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Es ist aber eingebettet in den legislativen und in den politischen Rahmen. Und wir würden gerne eine EU-Harmonisierung in deutlicherem EU-Kontext bei der Verfolgung und Kontrolle der Nachhaltigkeitsziele sehen. Das hat auch was mit Motivation zu tun. Denn unsere Bürgermeister sagen: Warum sollen wir uns anstrengen, aber der Vollzug in anderen europäischen Ländern liegt weit zurück? Wir haben viele dieser Bereiche, zum Beispiel im Umweltbereich, vergemeinschaftet, europäisiert, und da ist es aus unserer Sicht auch folgerichtig, an der Stelle festzumachen.

Was haben wir uns vorgenommen? Letzter Punkt: Wir möchten Nachhaltigkeitsziele - bei uns im Weltkommunalverband - weiterhin fest in unserer Arbeit etablieren. Wir möchten mehr internationales Engagement aufmachen und auch das Thema „Integration, Migration und Fluchtursachen“ in der Kommunalpolitik mehr aufgreifen. Ein Beispiel dafür ist der sogenannte deutsch-griechische kommunale Wissenstransfer. Das ist eine Sache, die eigentlich ihren Ursprung in der Finanz- und Wirtschaftskrise in Griechenland hatte. Wir haben die sogenannte Deutsch-Griechische Versammlung etabliert. Erst vor wenigen Wochen waren über ein Drittel der griechischen Bürgermeister bei uns in Berlin zu Gast in der internationalen Zusammenarbeit der Kommunen. Das wird im Übrigen natürlich auch durch den Bund unterstützt. Sie sehen hier Herrn Fuchtel, das ist der Parlamentarische Staatssekretär und Beauftragte der Kanzlerin für die Deutsch-Griechische Versammlung. Der internationale Dialog der Städte und Gemeinden ist unseres Erachtens nicht der alleinige Schluss, aber ein ganz wichtiger Ansatzpunkt, um Internationalität in der Nachhaltigkeit konkret zu verwirklichen und zum Beispiel auch das Thema „Migration, Integration und Fluchtursachen“ gemeinsam angehen zu können. Wir stellen uns konkret vor, dieses Beispiel aus Griechenland auf die Region Maghreb in diesem Jahr und

in den Folgejahren zu übertragen und die Bürgermeister-Dialoge hier zu etablieren. Das waren sechs von fünf Minuten, Herr Vorsitzender, ich danke Ihnen für den Nachlass.

Stellv. Vors. **Dr. Lars Castellucci** (SPD): Vielen Dank. Es war sehr spannend, Ihnen zuzuhören. Ich denke, auch alles, was Sie noch vorbereitet haben, wird vielleicht in der Fragerunde zu erwähnen sein. Wir haben ähnliche Dinge von Ihnen gehört. Also, das Thema „Kohärenz“ hat sich im Grunde durchgezogen. Das ist natürlich spannend. Ob es am Ende gelingen kann, so etwas wie eine Kaskade hinzubekommen von den Weltzielen über die Kontinente? Was macht die europäische Nachhaltigkeitsstrategie? Was sagt ein Land wie Deutschland? Wie hängt es dann mit den Ländern und am Ende mit Städten und Gemeinden zusammen? Wo spielen die Partner in Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft mit hinein? Der Governanceaspekt. Die Frage, wie wir Themen neu aufgreifen, haben Sie alle aufgeworfen. Aber Sie haben auch Beispiele genannt, wo Sie den Blick schon selbst geweitet haben und diese Integration neuer Themen selbst auch schon betreiben. Bei der Frage - ich sage es einmal überspitzt -: Wie ernst meinen wir das, wie überprüfen wir das? Da hat man unterschiedliche Antworten gehört. Bei den einen geht es darum, die Umsetzung gut kontrollieren zu können. Bei den anderen, die es dann machen sollen, ist es die Frage der Ressourcen. Das ist eigentlich die Frage, seit wir Nachhaltigkeit denken und leben wollen, die uns immer wieder begleitet. Aber das ist ja sozusagen nur die Voraussetzung, von der wir starten. Und die Frage, wie Lösungen aussehen, die müssen wir eben diskutieren.

Denn es ist klar: Wenn wir bei den Berichten, die wir bekommen, hinterher immer nur feststellen, dass wir die Hälfte der Ziele gerissen haben und wieder von vorne anfangen, dann haben wir nur vom Ende her betrachtet, wie man das Thema gut bearbeiten kann. Man muss auch auf der Strecke steuern können. Wie kann das eigentlich gut gelingen? Dafür ist jetzt auch Platz zur Diskussion.

Ich fand es eine sehr wertvolle Runde. Ich danke Ihnen sehr herzlich von meiner Seite und eröffne



jetzt die Gelegenheit für die Kolleginnen und Kollegen, sich zu melden. Zuerst hat Herr Dr. Lenz das Wort, dann Herr Träger und dann Frau Menz.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Wenn man sich die Abschlusserklärung zu den SDGs anschaut, dann steht dort: „Alle Länder und alle Interessenträger werden diesen Plan in kooperativer Partnerschaft umsetzen. Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen. Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen.“ Wenn man das jetzt runterbricht, dann klingt das schon nicht mehr ganz so enthusiastisch, und man merkt, dass dann die Schwierigkeit doch im Detail liegt. Und das kam ja auch ganz gut zum Vorschein an den unterschiedlichen Nuancen Ihrer dementsprechenden Stellungnahmen.

Was mich interessieren würde, hat mit dem Beitrag von Herrn Große Entrup zu tun. Sie haben die Technologie-Offenheit betont und gesagt, wie wichtig es ist, hier verstärkt Akzente zu setzen, so dass wir ein technologiefreundliches Land bleiben und dadurch auch im Sinne der Nachhaltigkeit ressourcenschonend wirtschaften können. Wenn man Herrn Weiger hört, dann klingt es nicht ganz so optimistisch. Wir haben es auch durch die Energiewende geschafft, dass wir das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch im Bereich der Energie entkoppelt haben. Aber wie würden Sie das sehen? Wie kann die deutsche Wirtschaft oder wie können Unternehmen dazu beitragen, dass vieles in der Ressourcenschonung noch stärker gewahrt wird?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Zimmermann. Ich habe in Ihrer Stellungnahme ganz interessiert gelesen, dass es sogar einen Weltkommunikationskongress gibt. Das wusste ich gar nicht. Wissen Sie, ob dort das Thema „SDGs“ Beachtung findet? Und die zweite Frage steht im Zusammenhang mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie: die ist ja angesiedelt im Bundeskanzleramt als Chefsache. Wir haben von Kanzleramtsminister Altmaier gehört, dass jetzt in jedem Ministerium Beauftragte installiert werden, die die Nachhaltigkeitsstrategie

umsetzen und dafür zuständig sind. Wie ist es denn bei den kommunalen Spitzenverbänden? Gibt es Stellen neben der Geschäftsführung, die dann auch das Thema betreuen und auch in die Kommunen einspeisen?

Abg. **Carsten Träger** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herzlichen Dank an die Referentin und Referenten für die wirklich inhaltsreichen Vorträge, die schon ganz viel von den Fragen, die wir Ihnen vorab zugeleitet haben, beantwortet haben. Ich schließe mich der Aussage ausdrücklich an, dass die SDGs neben all dem sowieso Großartigen eine besondere Bedeutung haben im Sinne von einem Zusammenrücken der Weltgemeinschaft in einer Zeit, wo wir auch über viele Krisen sprechen. Aber daneben auch, dass die SDGs auch für uns hier in Deutschland die Chance bieten, die Beliebigkeit des Begriffes, wie wir schon oft festgestellt haben, wieder greifbarer und konkreter zu machen. Einfach auch über einen technischen Umgang, zumindest was unsere Arbeit in Berlin betrifft. Da schließe ich mich ausdrücklich an. Und umso wichtiger ist es, dass wir jetzt sorgfältig in dieser Phase definieren, wie die Arbeit in der Architektur der Nachhaltigkeit aussieht. Die Auffassung teile ich auch wiederum, dass diese in Deutschland sehr gut aufgestellt ist und Vorbildcharakter haben könnte für viele andere. Gleichwohl ist jetzt der Zeitpunkt, darüber nachzudenken, ob es damit schon sein Bewenden hat oder jetzt nicht auch die Gelegenheit besteht, sich weiter zu entwickeln.

Wir hier in diesem Kreis haben schon oft darüber gesprochen, aber ich gebe es Ihnen auch gerne noch einmal mit: Wir sehen uns tatsächlich ein bisschen als Vertreter des Souveräns. Tatsächlich auch als Wächter der Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland, zumindest möchten wir die Rolle gerne in Zukunft einnehmen. Das heißt, tatsächlich dann auch mitzusprechen, wenn es darum geht, die Indikatoren, die gerade entwickelt werden, tatsächlich auch zu bewerten und eine bessere Einhaltung einzufordern.

Darauf zielt meine Frage ab. Wir befinden uns gerade in dem Prozess, dass die Indikatoren für die 17 Ziele bzw. die 169 Unterziele in der Regierung erarbeitet werden. Und weil das Kanzleramt auch



anwesend ist und zuhört, möchte ich Ihnen sozusagen mit meiner Frage die Gelegenheit geben, das noch einmal deutlich zu machen. Sie werden sicherlich nicht alle 169 Unterziele jeweils mit einem eigenen Indikator messen. Und so wäre meine Frage: Wenn Sie uns einen Tipp geben, auf welche Indikatoren oder worauf sonst würden Sie besonders Wert legen aus Ihrer Sicht? Was sollte gemessen werden? Und weil Sie es teilweise schon beantwortet haben, möchte ich die Frage ein bisschen spannender formulieren: Wenn Sie zwei Antworten auf diese Frage geben, eine gerne zu Ihrem eigenen Kernbereich, aber dann vielleicht eine, die über Ihr ureigenes Feld hinausgeht: Welche zwei Schwerpunkte würden Sie setzen bei der Formulierung der Indikatoren, damit wir wirklich auch dahinkommen, dass wir alle 17 Ziele gleichwertig bedienen können? Vielen Dank.

Abg. **Birgit Menz** (DIE LINKE.): Danke schön. Danke auch für die entsprechenden Vorträge. Ich habe während Ihrer Vorträge nachgedacht, wie man diese ganzen Bereiche auch miteinander verknüpfen kann. Ich komme da im Grunde genommen auf die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu sprechen. Dabei denke ich folgendes: Wenn man Technologie-Freundlichkeit so definiert, dass man den Menschen nicht von Technologie abhängig macht, sondern ermöglicht, dass er mit der Technologie selbständig in sein Tun und Handeln eingreift, dann sehe ich dort auch noch einmal eine Möglichkeit. Ich würde gerne von Ihnen noch einmal hören, wie Sie zu diesen regionalen Wirtschaftskreisläufen oder denen, die zu bilden wären, stehen. Das hieße ja, dass man in einer Gesellschaft ein bisschen etwas verändert. Dass man nicht so weitermacht wie bisher. Wie würden Sie das sehen?

Abg. **Dr. Valerie Wilms** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zwei Fragen. Erst einmal einen herzlichen Dank an alle vier für Ihren Bericht und das Eingehen auf unsere vorab ermittelten Fragen. Jetzt meine detaillierten Nachfragen.

Herr Große Entrup, wir haben uns die Homepage von econsense angesehen. Da finden sich noch nicht so viele Informationen, wie sich große Unternehmen auf diese Herausforderung einstellen.

Darum jetzt die Nachfrage: Was haben wir zu erwarten? Dass die Wirtschaft kein großer Fan gesetzlicher Vorgaben ist, das ist mir klar. Und das hatten Sie eben auch schon so indirekt angedeutet, indem Sie klar gemacht haben, dass Nachhaltigkeit kein Innovationshemmnis sein darf. Aber wie sollen wir da jetzt weiter vorgehen? Wäre es sinnvoll, auch einmal über Selbstverpflichtung nachzudenken? Ich denke da vor allen Dingen, dass wir das auch einmal in die größeren Unternehmen hineintragen. Also so etwas, wie es einem bestimmten Konzern an einem Kanal passiert ist, nicht weit von Berlin, sollte, wenn wir zukünftig nachhaltig vorgehen und die Nachhaltigkeitsstrategie haben, nicht noch einmal geschehen. Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage geht an Herrn Zimmermann. Herr Zimmermann, eine schöne Präsentation. Man kann sie sicherlich als Baustein nehmen, wenn wir gegebenenfalls weiter mit Ihnen im Gespräch bleiben. Ich würde aber noch ein bisschen konkreter werden. Gibt es bei Ihnen auch konkrete Pläne, so etwas wie die lokale Agenda 21, die wir nach Rio, nach dem ersten Rio-Kongress hatten? Wäre das nicht eine Idee, so etwas noch einmal wieder neu aufleben zu lassen - an manchen Stellen existiert sie ja noch rudimentär -, um das Ganze dann, angepasst an die SDGs, auch in Gang zu setzen, um damit das Thema „Nachhaltigkeit“ wieder in die Städte und Gemeinden hinein zu holen? Und zwar nicht nur bei den formal Gewillten, sondern in die gesamte Gemeinde hinein zu holen. Danke.

Stellv. Vors. **Dr. Lars Castellucci** (SPD): Vielen Dank an die Kollegen. Jetzt würde ich vorschlagen, wir machen es jetzt in umgekehrter Reihenfolge. Herr Zimmermann hätte das Wort und die Chance, die eine Minute wieder reinzuholen von vorhin.

Uwe Zimmermann (Deutscher Städte- und Gemeindebund): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren für die Fragen. Zu den Dingen, die gesammelt wurden: Herr Dr. Lenz, es gibt einen europäischen Städte- und Gemeindebund, und es gibt auch einen Weltstädte- und Gemeindebund. Der europäische sitzt in Brüssel, unser Weltverband sitzt in Barcelona. Der Präsident unseres Weltverbandes ist der Bürger-



meister von Istanbul, Kadir Topbaş. Und der Generalsekretär heißt Josep Roig. Dessen Topthemen sind die Millenniumsziele und die Sustainable Development Goals, die die Priorität seiner Arbeiten prägen, vor kurzem auch bei seinem Kongress. Der Weltkommunalverband ist Partner der Vereinten Nationen und bereitet gerade die nächste Welt-siedlungskonferenz mit vor, die im übernächsten Jahr stattfindet. Es gibt in allen kommunalen Spitzenverbänden Ansprechpartner für Nachhaltigkeitsfragen, auch bei uns im Deutschen Städte- und Gemeindebund. Unser Präsident, Bürgermeister Roland Schäfer, ist Mitglied im Weltkommunalverband. Also, die Vernetzungen sind durchaus vorhanden.

Wir haben selber bei uns im Verband zwei Referate, die sich mit Nachhaltigkeitsfragen beschäftigen. Und Nachhaltigkeitsveranstaltungen gehören auch zum festen Programm. Wir machen zum Beispiel seit Jahren die Klimaschutzkonferenz im Bundesumweltministerium.

Zu der Frage „regionale Wirtschaftskreisläufe“: Da stoßen Sie bei den kommunalen Vertretern offene Türen ein. Allerdings würden wir die Kreisläufe wesentlich lieber fördern als wir dürfen, weil wir verpflichtet sind, Ausschreibungen zu machen. Die regionalen Wirtschaftskreisläufe werden durch europäische oder nationale Ausschreibungspflichten konterkariert, weil da wettbewerbliche Ziele im Vordergrund stehen. Ich will auch nicht die öffentlichen Ausschreibungen generell kritisieren, das ist sinnvoll für die öffentliche Bedarfs- und Beschaffungssituation und für die Prävention von Missbrauch sowie für die Preisoptimierung. Aber für regionale Wirtschaftskreisläufe ist es gerade nicht förderlich. Im Gegenteil, es soll ja verhindert werden, dass nur vor Ort den örtlichen Unternehmen der Auftrag gegeben wird.

Zu den Indikatoren: Wie sehen die zwei wichtigsten aus? Herr Träger, ich muss Ihnen gestehen, hier steht zwar „als Sachverständiger eingeladen“, aber ich weiß es nicht. Unter den 17 Zielen, die dort aufgelistet sind, Prioritäten zu setzen, ist schwierig. Das hat natürlich immer auch etwas mit politischen Priorisierungen zu tun. Für die Kommunen würde ich sagen, zum Beispiel generationsgerechtes Haushalten. Ich glaube, dass wir da eine ganz gute Rolle eingenommen haben, weil

wir mittlerweile kaufmännisch in den meisten Städten und Gemeinden buchen, der Werteverzehr bei uns in der Haushaltsführung auch sichtbar ist, im Gegensatz zu allen Landeshaushalten. Da werden mir wahrscheinlich Hamburg oder Hessen widersprechen, die kaufmännische Aspekte mit hineineingenommen haben, das weiß ich. Und beim Bundeshaushalt auch. Ich glaube, dass das für die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Sektors insgesamt eine der ganz großen Herausforderungen ist. Es gibt dort auch den Versuch, das auf europäischer Ebene zu harmonisieren. Das ist politisch nicht ganz einfach, weil man alle öffentlichen Ebenen zum Beispiel zwingen würde, die Pensionsverpflichtungen im Haushalt nicht nur abzubilden, sondern zu erwirtschaften. Sie sind das Parlament, das wäre dann die Frage, die die Politik am Ende zu beantworten hat. Bei uns in den Städten und Gemeinden kann ich Ihnen vermelden: Manche Städte hatten vorher Haushaltsprobleme. Jetzt sind sie abgesoffen. Das ist trotzdem ein wichtiger Schritt, den wir dort gegangen sind.

Auf Ihre Frage nach zwei Indikatoren, habe ich zumindest einen genannt, von dem ich glaube, dass er für die Zukunftsfähigkeit wichtig ist.

Frau Dr. Wilms: Lokale Agenda 21-Beschlüsse hat es viele gegeben in den Städten und Gemeinden. Da ist das passiert, was ich in meinem Statement vorhin Gewöhnungs- und Ermattungseffekt genannt habe. Wir haben als Deutscher Städte- und Gemeindebund vor wenigen Jahren einmal eine neue Millenniumserklärung für Kommunen aufgelegt und haben die verbreitet, auch mit unseren kommunalen Schwesterverbänden zusammen. Die ist auch ganz gut angenommen worden. Eine große Anzahl von Stadt- und Gemeinderäten haben solche Millenniumserklärungen politisch diskutiert, das zum Gegenstand ihrer Politik gemacht. Und Ihre Frage, Frau Dr. Wilms, motiviert mich dazu, es noch einmal aufzulegen, auch im Kontext der nationalen Strategie und der SDGs, die wir heute besprechen. Um das als weiteren Baustein oder Schritt zu nehmen, das Thema in Städten und Gemeinden und in den politischen Vertretungen noch einmal zu implementieren. Und dann natürlich auch in der Kommunalpolitik und in den Entscheidungen, die die Kommunalpolitik zu treffen hat.



Dr. Anna Würth (Deutsches Institut für Menschenrechte): Ich würde mich vor allen Dingen zur Frage der Indikatoren kurz äußern. Ich denke, das Wichtigste bei der Indikatorenbildung ist es, sich zu überlegen, was man damit will. Will man einfach nur beschreiben oder möchte man Indikatoren setzen, in denen sich Zielsetzungen auch schon abbilden? Das kann man dann über Benchmarks machen, aber man kann es auch in den Indikator einbauen. Insofern wäre mein Tipp, die Indikatoren daraufhin zu überprüfen, ob sie Ihren politischen Vorstellungen und wo die Reise hingehen soll, entsprechen.

Konkret am Armutsindikator: Es gibt ja noch keinen, der nationale Armut betrifft. Wenn ich jetzt die Empfehlung aus den Menschenrechtsgeräten mir anschau, dann müssten sich Indikatoren mit Wohnungslosigkeit beispielsweise und Kinderarmut beschäftigen. Im Bereich „Gesundheit“ müssten sich Indikatoren unter anderem mit Zuständen in den Pflegeheimen beschäftigen. Das sind alles politische Anliegen, die hier vertreten werden, aber die sich eben in einer Gesundheits- und Pflege-reformpolitik widerspiegeln und in der Armuts-Reichtums-Berichterstattung. Ich würde auf jeden Fall versuchen, die Indikatoren so zu formulieren, dass man damit politisch etwas anfangen kann und es sehr real politisch anschauen.

Prof. Dr. Hubert Weiger (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e. V.): Wenn ich gleich anschließen darf: Es wird sicherlich eine gewaltige Herausforderung sein, die Indikatoren, die in unseren Augen erweitert werden müssen - es ergibt keinen Sinn, die SDGs zu integrieren, wenn es nicht auch zusätzliche Indikatoren gibt - tatsächlich nicht nur zu benennen. Sondern wir müssen uns in Zukunft dann auch intensiver in der öffentlichen Debatte auseinandersetzen, warum wir welche Ziele erreicht und warum wir welche Ziele nicht erreicht haben. Ansonsten wird sich an vielen Situationen nichts verändern.

Im Bereich „Natur- und Umweltschutz“, den wir mit vertreten, wäre es als erstes ganz wichtig, den Indikator „Boden, Flächenverbrauch“ beizubehalten und ihn zu ergänzen im nationalen Bereich durch den Indikator „Zielerreichung Biodiversität“. Denn es ist ja das Ziel, auf internationaler Ebene den Verlust der Biodiversität zu stoppen.

Das ist wiederholt versucht worden, und es wurde dann immer um einige Jahrzehnte nach hinten geschoben, weil man das Ziel nicht erreicht hat. Es geht jetzt aber nicht um die weltweite, sondern um die nationale Situation.

Im Bereich „zusätzlicher Indikator“, der ganz wichtig ist auch für die weltweite Entwicklung, möchte ich den Indikator „Futtermittelimporte in Deutschland“ nennen. Das ist ein Schlüsselindikator, der eben Wirkungen hat, sowohl bei uns als auch an anderer Stelle.

Auch wenn ich es nicht gefragt worden bin, gestatten Sie mir zur Agenda 21 einen Satz. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Diskussion „Nachhaltigkeitsziele und SDGs“ benutzt würde, tatsächlich die Agenda 21-Prozesse auf kommunaler Ebene wieder neu zu beleben und zwar, indem man auch aus Fehlern der Vergangenheit lernt. Wir haben ja die Analysen, warum welche Prozesse gescheitert sind. Wir haben aber auch die Analysen, warum es bis heute solche durchaus positiven Agenda 21-Prozesse gibt. Es gibt Faktoren für den Erfolg, und wenn man es schafft, diese zu integrieren, dann wird es auch eine Motivation für viele Menschen sein, sich hier aktiv einzubringen. Ich glaube auch, dass heute die Wirtschaft wesentlich offener ist, sich auch in lokale Prozesse einzubringen, als es bei den ersten Prozessen der Fall war, wo es mehr die Umwelt- und Sozialbewegung war, die sich hier aktiv eingebracht hat und weniger die lokale Wirtschaft.

Dr. Wolfgang Große Entrup (econsense): Ich darf vielleicht anfangen mit Herrn Träger. Es ist natürlich ausgesprochen schwierig, sich hier auf das Eine oder Andere zu konzentrieren. Aber wir sollten auf jeden Fall versuchen, aus unternehmerischer Sicht gesprochen, uns jetzt auf das zu konzentrieren und fokussieren, wo wir wirklich Wertbeiträge liefern können mit dem, was wir in Deutschland als Unternehmen leisten. Und das ist natürlich auch das ganze Thema „Technologie“, das wir ja aktiv angesprochen haben. Ich glaube, wir sind weiterhin in vielen Themenfeldern technologieführend. Beim Thema „Ressourcen“ haben wir ein hohes Maß an Know-how erarbeitet, durch die Energiewende, durch Effizienzprozesse und vieles andere mehr. Da kann jetzt in anderen Regionen der Welt mit deutlich geringerem Aufwand



deutlich mehr erreicht werden, als wenn wir hier auf hohem Niveau in Deutschland in der Fragestellung noch weitermachen. Hier muss man über intelligente Instrumente nachdenken.

Das Thema „Ernährung“ ist natürlich auch wichtig. Wir haben große Agrarunternehmen in Deutschland, ich selber komme aus einem, wo wir substantielle Beiträge eben leisten können in der Frage „Ernährungssicherung in der Welt“.

Auch das Thema „Gesundheit“ ist ein ganz spannendes großes Thema.

Und immer wieder erwähnt wird natürlich mit allen vor- und nachgelagerten Bereichen das Thema „CO₂“ und „Klimaschutz“. Ich glaube, das wären die Themen, wo wir aus industrieller Sicht mit dem Know-how, mit der Expertise, mit Technologien und vielem anderen, was wir in Deutschland haben, wirklich Beiträge leisten können. Bewusst gesagt nicht in Deutschland das eine oder andere zu ändern, sondern wirklich weltweit die SDG-Ziele. Ich sage es ganz offen: 20 Prozent des Umsatzes unseres Unternehmens machen wir in Deutschland. 80 Prozent machen wir in den Regionen der Welt. Also, lasst uns das nutzen, die Mitarbeiter, das Know-how, alles, was wir dort haben, um uns dort entsprechend in Prozesse einzu bringen.

Die Indikatorenvielfalt: Ich will nicht sagen „warren“. Frau Dr. Wilms, Sie haben es angesprochen. Aber wir müssen aufpassen. Als großes Unternehmen bin ich in der Lage, das alles zu bewerkstelligen. Aber ich denke eben auch an viele kleine und mittlere Unternehmen, die natürlich in diesen Prozessen schlichtweg überfordert sein werden. Wir haben Prozesse im Moment in Unternehmen, die auch sehr vieles von dem abspiegeln, was wir hier tun im Rahmen von Indikatoren. Von daher sollten wir auch versuchen, hiervon zu lernen und Dinge zu übernehmen. Sehr viele Unternehmen berichten heute schon integriert. Das heißt, die Nachhaltigkeitsberichterstattung ist nicht ein Add-on, was ein halbes Jahr später kommt, sondern ist elementarer Bestandteil der Kernprozesse eines Unternehmens.

Ich habe morgen früh das Vergnügen, dass wir eine Pressekonferenz haben im Unternehmen, und

ich darf dabei sein, weil ich für das Thema „Nachhaltigkeit“ im Unternehmen spreche. Das wäre vor drei, vier Jahren unmöglich gewesen. Das heißt, wir haben den Nachhaltigkeitsbericht mit dem Geschäftsbericht zusammengeführt. Wir haben uns klare Ziele, Indikatoren gesetzt. Das Ganze wird von Wirtschaftsprüfern validiert geprüft, wird testiert. Das sind also keine seichten Prozesse mehr, wo wir im Rahmen von greenwashing irgendwo irgendwas tun. Sondern das sind Dinge, die wir einfach adaptieren sollten und in die Prozesse, die wir hier diskutieren, integrieren, damit wir Unternehmen nicht überfordern, mit dem, was wir uns vorgenommen haben.

Zu dem Thema, was Sie ansprachen, Frau Dr. Wilms: Für mich ist ein ganz wichtiger Treiber in der Performance von Unternehmen in dieser Fragestellung zunehmend gar nicht mehr die Frage gesetzlicher Regulierungen oder sonst irgendetwas. Sondern es sind die eigenen Mitarbeiter. Sie glauben nicht, was für ein positiver Druck, was für ein Engagement von der eigenen Mitarbeiterschaft kommt, die in dieser Fragestellung sagen: „Ich möchte einfach für ein anständiges Unternehmen arbeiten. Ich möchte mich nicht abends entschuldigen müssen, dass ich bei der Firma XY tätig bin und sagen, ich habe immer noch nichts anderes gefunden. Sondern ich will in einem Unternehmen arbeiten, wo ich mitgestalten kann, wo ich wirklich auch Partizipationsprozesse habe.“ Es würde zu weit führen, alles darzulegen, was es in Unternehmen heute gibt. Es sind nicht mehr nur die externen Telefonhotlines, wo Sie anrufen können, um sich zu beschweren. Sondern es sind wirklich interne Prozesse. Bei uns im Forschungsbereich ist es so: Früher, wenn Sie im Labor eine Herausforderung nicht bewältigt haben, konnten Sie noch jemand anderen nebenan fragen. Heute stellen Sie das in interne Netzwerke ein. Die Themen werden diskutiert, intern, international. Und wenn Sie hier nicht weiterkommen, gehen Sie offene Kollaborationen mit Forschungsinstituten und ähnlichem ein. Hier entsteht eine unglaubliche Innovationskraft durch neue Technologien, durch neue Formen auf der Zusammenarbeit. Ich glaube, das sind die wahren Treiber in der Fragestellung.

Ratings und Rankings: Wir haben gerade einen Prozess abgeschlossen. „Access to Medicine“ läuft



jetzt als großes von Bill Gates und anderen Unternehmungen aufgesetztes Rating, wo Unternehmen extern validiert werden, was sie tun. Das ist nachvollziehbar. Das gleiche ist „Access to Seed“, also Zugang zu Saatgut für Kleinbauern. Ganz neue Instrumente und Ratings, mit denen extern Unternehmen bewertet werden. Und das treibt auch Unternehmen an. Das gebe ich auch zu. Natürlich wollen wir da gut aussehen. Natürlich wollen wir nicht der Letzte sein, und wir wollen in die Champions League. Und deswegen sind das Treiber, die heute deutlich wichtiger sind als nationale Regulierungen. Denn das sind wirklich internationale Ratings und Rankings, die hier eine große Bedeutung spielen. Ratings, Berichterstattung, ich glaube, das sind die wahren Treiber für Unternehmen heute neben dem Punkt, dass man natürlich auch in Benchmarks zu anderen Unternehmen gut dastehen will. Das ist deutlich wichtiger als eine sehr intensive Regulation.

Ganz kurz noch das Thema „Ressourcenschonung“. Das Thema „Boden“ und viele andere Themen sind angesprochen worden. Und ich glaube, hier ist wirklich das Thema „Innovation“ entscheidend. Ich bin selbst Agraringenieur. Wenn ich Ihnen zum Thema „digital farmer“ etwas erzählen würde, dann würden Sie den Glanz in meinen Augen sehen. Das Thema „Der digitale Bauer“ ist es einmal salopp formuliert worden. Welche Chancen, welche Möglichkeiten hier bestehen für Ressourcenschonung, für Gewässerschutz, für viele andere Fragestellungen, das ist so faszinierend. Wenn Sie sich natürlich imaginär immer noch das Wunschbild des deutschen Landwirtes mit seinen zwei Schweinen und der Kuh vorstellen: Das funktioniert nicht. Sie müssen ihn als gleichwertigen Bestandteil der Gesellschaft aufnehmen, der genauso einen Trecker hat mit der App darauf, Satelliten nutzt und viele andere Dinge, die für uns selbstverständlich sind. Und damit kann er eben Innovationssprünge und Themenbeiträge leisten, die faszinierend sind.

Lassen Sie mich nur ansprechen „Industrie 4.0“: Wir sind als Unternehmen selber gerade in der Lage, über einen neuen Prozess CO₂ in Schaumstoff einzubauen. In Krefeld Uerdingen entsteht eine große Produktionsanlage. Das heißt, wir binden CO₂. Ein riesiges Forschungsprojekt. Wir sind bei weitem noch nicht fertig, und es klappt im

Moment nur in Matratzen. Das ist noch nicht viel. Aber das ist ein erster Schritt, wo wir sagen können, wir sind dran, und da kommen bestimmt viele andere Möglichkeiten in Zukunft. Das müssen wir nutzen. Hier müssen wir wirklich technologie- und innovationsoffen sein. Und auch Themen wie „Forschungsförderung“ oder „steuerliche Absetzbarkeit“ als Begleitthemen sind offen zu diskutieren. Darüber können wir Unternehmen antreiben, fordern und beflügeln, in diese Fragestellungen noch substantielle weitere Beiträge zu investieren. Ich habe eine große Liste hier von Beiträgen von Unternehmen.

Auch das ganze Thema „Mobilität“ wird sich komplett verändern. Sie verkaufen als Automobilhersteller zukünftig keine Autos mehr, sondern Sie bieten Mobilität an. Über alle möglichen Formen. Und ich sage mal, alles das wird so viel verändern und wird so viele Chancen und Möglichkeiten bieten, SDG-Ziele mit zu erreichen, von denen wir heute noch nicht im Ansatz uns vorstellen, was wir in drei, vier Jahren haben.

Stellv. Vors. **Dr. Lars Castellucci** (SPD): Vielen Dank für diese Runde. Wir haben jetzt weitere drei Meldungen: Frau Dr. Wilms, Herr Dr. Lenz und Herr Westphal. Ich würde sagen, wir machen noch einmal eine Schlussrunde und hätten es dann schon geschafft, wenn wir etwa halb acht avisieren.

Abg. **Dr. Valerie Wilms** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Frau Dr. Würth. Was müsste getan werden, um die Umsetzung der SDG-Agenda in Deutschland, aber auch entsprechende entwicklungspolitische Maßnahmen, an den internationalen Menschenrechtsstandards auszurichten? Kann das systematisiert werden? Gibt es hierzu bereits konkrete Ansätze oder Best Practice aus anderen Ländern?

Menschenrechtsstandards: Inwieweit sind sie bei den allgemeinen Indikatoren, die wir jetzt gerade haben, systematisch berücksichtigt worden? Was sind Ihre Erfahrungen? Wurde sichergestellt, dass die Indikatoren nicht unter bereits international gültige Standards zurückfallen?



Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Ich will jetzt hier gar keinen Gegensatz herauszeichnen zwischen Herrn Große Entrup und Herrn Weiger. Aber es fällt natürlich schon auf, dass auf der einen Seite über Flächenstilllegungen und Weiteres gesprochen wird, obwohl wir in Deutschland relativ hohe Standards in der Landwirtschaft haben und das zweite Ziel „Ernährungssicherheit“ heißt. Auf der anderen Seite wird über eine Intensivierung der Landwirtschaft gesprochen, gerade wenn man das Bevölkerungswachstum sieht. Da wollte ich nur noch einmal nachfragen. Wir stehen ja zwischen Subsistenzwirtschaft auf der einen Seite und einer hochtechnologisierten Landwirtschaft auf der anderen Seite, die eben in der Lage ist, auch die Welternährung sicher zu stellen. Sehen Sie dort einen Widerspruch, oder sehen Sie auch Möglichkeiten des Ausgleichs?

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ganz herzlichen Dank für die Beiträge, das sind wirklich wichtige Inputs und Erfahrungsberichte und auch gute Hinweise für unsere Arbeit. Ich möchte gerne mit Ihnen, Herr Große Entrup, anfangen, weil Sie für *econsense* hier sprechen. Ich habe selber in der letzten Legislaturperiode im CSR-Beirat mitarbeiten dürfen und weiß das zu schätzen, welchen Beitrag *econsense* dort geleistet hat. Und was Sie eben sehr engagiert vorgetragen haben, bestätigt ja auch, welches Innovationspotential gerade in der deutschen Industrie vorhanden ist, um hier eine Leit- und Vorbildfunktion zu übernehmen. Und deshalb bin ich eher kritisch gegenüber der Anregung der Kollegin Menz, was regionale Märkte angeht. Wenn ich mir vorstelle, dass VW in Wolfsburg nur regional in Wolfsburg die VWs verkaufen sollte, würde das nicht funktionieren. Gerade mit den Standorten im Ausland kann man Zeichen setzen, wie es geht. Und ich will Sie auch ermuntern, das mit Ihren Beschäftigten in Ihren Unternehmen weiter zu forcieren. Denn es geht genau darum, alle mitzunehmen. Es hat keinen Sinn, wenn nur jemand im Vorstand für Nachhaltigkeit zuständig ist. Vielmehr muss es eine Entwicklung sein, wo man das gesamte Personal mitnimmt, und dann entfalten sich diese Innovationspotentiale. Ich glaube schon, dass wir gerade aus den Innovationen, die die Industrie bringt, auch Lösungsmöglichkeiten entwickeln können zur Lösung der globalen Probleme. Und deshalb: Tue Gutes und rede darüber.

Stichwort: Wie man darüber berichtet. Und zwar nicht nur über Finanzkennzahlen. Vielleicht können Sie auch noch einmal einschätzen, welche Wirkung nichtfinanzielle Berichtspflichten und GRI-Standards entfalten und wie es für Investoren und anderen wahrgenommen wird.

Zu Herrn Weiger: Kollege Lenz hat schon darauf hingewiesen. Ich glaube, wir sind in Deutschland auf dem richtigen Weg. Wir haben eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch. Das sieht man beim CO₂-Ausstoß: Wir haben bis 2020 das Ziel 40 Prozent Minus trotz 30 Prozent Wirtschaftswachstum. Ich glaube, wir sind uns auch alle einig, dass nur Wirtschaftswachstum und die Orientierung auf das Bruttoinlandsprodukt nicht ausreichen. Da wäre meine Frage, inwieweit wir, also auch einmal an uns ein Auftrag, dafür sorgen können, dass wir beim Jahreswirtschaftsbericht zum Beispiel den Schwerpunkt nicht immer nur auf Wirtschaft, Wachstum und BIP legen, sondern auch andere Kennzahlen mit einbeziehen. Siegmund Gabriel hat es sehr vorbildlich im letzten Jahreswirtschaftsbericht gemacht, wo genau auf diese SDGs in einem Kapitel hingewiesen wurde. Ich glaube, es gibt eine ganze Reihe Kennzahlen. Eben sind ein paar aus dem sozialpolitischen Bereich genannt worden, „Gute Arbeit“ oder andere Dinge, die können noch eine ganz wichtige Rolle spielen.

Eine Frage hätte ich noch, was auch Politik leisten kann. Wären Anreize möglich? Zum Beispiel steuerliche? Wenn also ein Unternehmen es in den nächsten zehn Jahren schafft, die Energieeffizienz um 20 Prozent zu erhöhen, muss es 1 Prozent weniger Steuern bezahlen. Das wäre ja einmal eine ganz praktikable Sache. Das ist natürlich schwierig zu messen und so weiter. Sind solche Anreize steuerlicher Art oder irgendwelche anderen Dinge möglich?

Und in Richtung Kommunen würde ich noch einmal sagen, Herr Zimmermann, herzlichen Dank für Ihre Präsentation. Sie haben auch noch einmal gesagt, dass es breite Unterstützungsbündnisse vor Ort gibt. Ich kann nur dazu aufrufen, das auch zu verstärken. Denn es nützt nichts, wenn das der Stadtrat oder Gemeinderat macht. Ich bin selber im Gemeinderat bei mir in der Gemeinde und weiß, dass man dort auch ganz interessante Leute



mobilisieren kann, dabei mitzumachen. Das sieht man jetzt bei der Flüchtlingshilfe, wer alles aus den Sträuchern kommt, der sich bisher nie engagiert hat. Und das motiviert auch, und das kostet nicht unbedingt Geld. Wir wollen ja Haltung und Verhalten verändern. Und deshalb glaube ich, kann das motivierend wirken.

Stellv. Vors. **Dr. Lars Castellucci** (SPD): Keine weiteren Meldungen? Dann würde ich Ihnen einfach noch einmal die Gelegenheit zu einem Statement geben, wenn Sie es wünschen.

Dr. Wolfgang Große Entrup (econsense): Ich würde auf das Thema „Ernährungssicherung“ sehr gerne noch einmal eingehen. Ich glaube, die Herausforderung, vor der wir hier stehen, ist allen bekannt. Wir müssen bei einem Anwachsen von 6 Milliarden Menschen auf 9 bis 10 Milliarden Menschen die Notwendigkeit steigern, Menschen zu ernähren. Aber es ist ja nicht nur die absolute Zahl, sondern es ist die dramatische Veränderung der Nahrungsgewohnheiten, insbesondere in asiatischen Ländern. Es gibt viele Überlegungen, da beratend tätig zu sein. Aber ich finde das etwas schwierig. Es gibt einfach den Wunsch, bestimmte Essgewohnheiten auch haben zu wollen, die wir hier haben. Und wir brauchen die großen Fast Food-Ketten gar nicht anzusprechen, die dort für sich die Zukunftsmärkte sehen. Ob wir es schaffen könnten, aus Deutschland heraus Nahrungsgewohnheiten, die wir schon wieder rückwärts in die richtige Richtung hier bei uns verändern, zu steuern, das ist unglaublich schwierig. Wir haben uns als Unternehmen vorgenommen, Mitarbeiter ganz vorsichtig darauf aufmerksam zu machen, wie wir uns gesünder und besser ernähren können. Sie können die tollsten Programme in den Kantinen anbieten, am Ende des Tages entscheidet der Mitarbeiter selber, ob er eine Currywurst essen möchte oder nicht. Ob das schlecht ist für das Weltklima und für alles Mögliche - wenn er sie will, dann bekommt er sie bei uns weiterhin. Und das ist nur ein ganz kleines Beispiel, was Sie auf die große Welt übertragen können.

Deswegen ist unsere Sicht auf dieses Thema relativ klar: Wir sind der tiefen Überzeugung, dass wir auch in der Landwirtschaft um modernste Technologien nicht umhinkommen. Wir müssen eine Pflanzenbiotechnologie mit allen Optionen, die

sich bieten, nutzen können. Wir müssen auch moderne weitere Betriebsmittel wie Pflanzenschutz, Biotechnologie, aber auch Düngemittel aktiv einsetzen können, sonst werden wir dieser Herausforderung nicht gerecht. Wir werden dann vor ganz anderen Problemen stehen. Und es ist für uns, wenn Sie Deutschland konkret angesprochen haben, schon „schwer erträglich“, dass das Thema „Biotechnologie“ bekanntermaßen in Deutschland entstanden ist, die Forschung aber im Ausland, vorzugsweise in den USA, angesiedelt ist. Forschung, Entwicklung und Anwendung kann man nicht trennen. Die Anbauflächen in dieser Fragestellung nehmen weiter zu. Und beim Thema „Klimawandel“ gibt es Chancen, trocken- oder stressresistente Pflanzen zu entwickeln. Es gibt andere Optionen, die genutzt werden könnten. Wir sollten also nicht einfach die Tür zuschlagen, sondern offen sein, mit diesen Innovationen umzugehen.

Was Sie zu econsense gesagt haben, Herr Westphal, das nehme ich morgen in unsere Mitgliederversammlung mit, herzlichen Dank. Zu den Auslandsdirektinvestitionen und alledem, was wir in den Unternehmen im Ausland tun: Wir haben gerade eine Studie mit dem Institut der deutschen Wirtschaft gemacht zur Frage, warum Unternehmen ins Ausland gehen und was wir von den hiesigen Commitments an unsere Standorte übertragen. Die klare Botschaft, die sich herausgeleitet hat aus alle dem, ist: we are here to stay. Also, wir sind keine Raubritter, die über das Land ziehen, gerade dahin, wo es am besten ist, und dann weiterziehen, wenn es sich nicht mehr lohnt. Sondern wir investieren wirklich in eine Langfristigkeit und transportieren damit natürlich auch entsprechende Standards und Commitments, die wir hier in Deutschland haben, automatisch in die Länder hinein. Wir erleben häufig, dass das auch Punkte sind für andere Unternehmen, für lokale Anbieter. Ich nenne auch wieder mein eigenes Unternehmen. Wir produzieren Saatgut in Indien. Und der Benchmark, den wir zum Thema „Kinderarbeit“ dort eingeführt haben, ist mittlerweile in der gesamten Region state of the art. Denn alle sagen, wir können uns gar nicht erlauben, hier irgendetwas anders zu tun als zwei, drei Weltmarktführer, die hier mit klaren Unternehmens-Commitments reingehen. Das funktioniert.



Das Thema „Trends in der Berichterstattung und Investoren“. Ja, das ist ein wachsendes Thema, es ist wachsend an Bedeutung. Und nicht umsonst bin ich morgen früh zwangsverpflichtet, anwesend zu sein. Denn Fragen aus dem sogenannten nicht-finanziellen Bereich interessieren zunehmend Investoren und Analysten. Und das sind nicht nur klassische Themen aus dem Bereich „Klima“ und andere Fragestellungen, sondern das geht sehr in die Breite.

Was man tun könnte im finanziellen Bereich, im steuerlichen Bereich? Lassen wir uns dazu übergehen, mehr zu fördern als zu strafen. Forschungsförderung und ähnliche Instrumente sind sicherlich hilfreicher für Unternehmen als Bestrafungen oder hohe Auflagen, was dazu führt, dass wir am Ende des Tages wahrscheinlich in Deutschland keine Stahlindustrie mehr haben werden, aber weiter Stahl brauchen. Dann wird zu abenteuerlichen Bedingungen im Ausland produziert und hierhin transportiert. Das führt dann dazu, dass wir in Deutschland ein Minus 40 Prozent-Klimaziel erreichen, aber weltweit haben wir eigentlich nichts erreicht. Und das sind Dinge, auf die wir ganz sorgfältig achten müssen. Vielen Dank.

Prof. Dr. Hubert Weiger (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.): Besten Dank noch, für die Möglichkeit, zum Abschluss noch einiges zu sagen. Ich hielte es in der Tat für gut und sinnvoll, wenn wir über die Aufnahme und Berücksichtigung des SDGs auch zu einer erweiterten Wirtschaftswachstumsdiskussion in unserem Lande kämen, wenn wir uns auch stärker, als es bisher der Fall ist, mit der Kehrseite des Wachstums beschäftigen. Und wenn wir damit auch andere Kennzahlen einführen und diskutieren. Denn es gibt offensichtlich Zusammenhänge zwischen Nachhaltigkeitszielen und entsprechende Zielen, wie die Bevölkerung in den jeweiligen Ländern sich tatsächlich fühlt. Es gibt auch eine Reihe von Untersuchungen, wonach die Staaten, welche sich besonders der Nachhaltigkeit verpflichtet fühlen, tatsächlich auch in anderen Bereichen wesentlich günstiger von der eigenen Bevölkerung beurteilt werden, als Staaten, in denen die Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeitsziele eben nur ein grünes Beiwerk sind. Von daher wäre es eine wichtige Erweiterung der gesamten Debatte.

Zum Stichwort „Ernährungssicherheit“. Das ist eine zentrale Herausforderung. Wir würden es sehr begrüßen, wenn sich auch der Parlamentarische Beirat einmal intensiv mit dem Weltagrарbericht auseinandersetzt. Der zeichnet nämlich ein ganz anderes Bild als Herr Große Entrup. Die Zukunft ist eben nicht die Hightech-Landwirtschaft, sondern die angepasste, auch bäuerliche Landwirtschaft, welche offensichtlich eher in der Lage ist, die Weltbevölkerung zu ernähren als andere Formen. Aber darüber müsste man einmal ausführlich diskutieren. Damit sind natürlich viele Fragestellungen verbunden. Unsere Bundesregierung hat ja bisher diesen Bericht nur zur Kenntnis genommen. Sie unterstützt - wie auch aus einer heute veröffentlichten Antwort des Bundeslandwirtschaftsministers an das Parlament deutlich wird - die grundsätzlichen Ziele, sieht aber keine Notwendigkeit, den Weltagrарbericht intensiver zu diskutieren, was wir sehr bedauern.

Stichwort „regionale Märkte und globale Märkte“: Ich glaube, gerade wenn wir eine Chance in einem globalisierten Markt behalten wollen, brauchen wir auch regionale Verankerungen und Verortung. Ich würde es für fatal halten, wenn wir uns in unseren Grundsicherungssystemen abhängig machen von globalisierten Märkten. Das heißt, die Grundnahrungsversorgung sollte regional erfolgen, genauso wie die Versorgung mit Wasser. Nur das wird auf Dauer krisensicher sein und wird uns auf Dauer auch entsprechend weniger abhängig machen. Und Wasser ist vielleicht wichtiger als Stahl. Zumal wenn die Stahlindustrie, diese Bemerkung möchte ich mir doch noch erlauben, abwandert, dann hat das mit Sicherheit nichts mit Umweltauflagen zu tun. Auch nicht mit Energiepreisen, sondern mit den weltweiten Konkurrenzbedingungen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Diese sind nicht zuletzt dadurch so konkurrenzlos günstig, weil an anderer Stelle die Umwelt brutal zerstört wird und Menschen auch brutal in sogenannten sozialistischen Systemen ausgebeutet werden. Von daher sind wir eben nun einmal in einem ökonomischen System, weil es nur eine Seite in den jeweiligen Preisen widerspiegelt.

Unsere Bitte an den Parlamentarischen Beirat ist auch, sich dafür einzusetzen, dass die Umset-



zungsinstrumente, die jetzt diskutiert werden, tatsächlich auch verbindlich und politikwirksam sind. Wir haben eine riesige Herausforderung, nämlich alle miteinander zu vernetzen. Und von daher ist es gut und richtig, dass diese Aufgabe das Bundeskanzleramt macht. Wir begrüßen es auch, wenn es in den einzelnen Ministerien entsprechende Verantwortlichkeiten gibt, ohne dass jetzt die Verantwortlichkeiten der Ministerien für die jeweiligen Bereiche reduziert werden. Aber wir brauchen eine wesentlich kohärentere Politik als bisher. Ich darf noch einmal das Beispiel „Boden“ nehmen. In wenigen Wochen und Monaten werden Sie die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes diskutieren mit entsprechender Maximierung des Flächenverbrauchs durch öffentlich finanzierte Verkehrsprojekte. Die stehen natürlich in vielen Fällen völlig konträr zu den Herausforderungen des Bodenschutzes. Und von daher ist es ganz wichtig, sich zu überlegen, wo eine bessere Verknüpfung zwischen den Ressorts existieren kann, wo die entsprechenden, für richtig erkannten und politisch festgelegten Ziele tatsächlich auch umgesetzt werden können.

Dr. Anna Würth (Deutsches Institut für Menschenrechte): Ganz kurz eine Antwort, Frau Dr. Wilms, auf Ihre Frage, die Umsetzung in und durch Deutschland an Menschenrechtsstandards zu orientieren. Wir haben das einmal für in Deutschland versucht. Die Dokumente haben wir vorher verschickt. Ich würde wiederholen, was ich vorhin gesagt habe, dass bestimmte Themenbereiche in der Nachhaltigkeitsstrategie überhaupt nicht abgedeckt sind. Also, Themenbereiche der SDGs sind nicht abgedeckt, und die müssten sich an menschenrechtlichen Standards orientieren.

Durch Deutschland? Sie fragen nach guter Praxis. Wenn es sie gibt, dann kenne ich sie nicht. Es ist ja auch noch eine relativ junge Agenda. Wir hoffen, dass wir in unseren Netzwerken etwas dazu beitragen können, gute Praxis voranzubringen und zu teilen.

Was sollte die Entwicklungspolitik tun, um Länder in der Umsetzung zu unterstützen? Ich denke, ein wichtiger Aspekt ist, dass auch die Entwicklungspolitik partizipative Prozesse unter Beteili-

gung von Parlament und Regierung in Partnerländern anregt und unterstützt. Dass die SDG-Umsetzung nicht nur auf Regierungsberatung basiert. Und ich glaube, es sollte tatsächlich das geben, was einmal im Gespräch war. Aber ich weiß nicht, was damit passiert ist. Ich meine das Early Movers-Programm und eine Unterstützung für Länder, die sich früher auf den Weg machen zur SDG-Umsetzung, dass man die besonders unterstützt. Ich weiß aber nicht, ob es diesen Haushaltsansatz noch gibt.

Sie haben dann gesprochen zur Frage der Indikatoren-Ausrichtung an den Menschenrechten. Für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wissen wir das nicht. Die Indikatoren liegen ja noch nicht vor. Sie werden erst erarbeitet. Für die internationalen Indikatoren kann man sagen: halb-halb. Es gibt welche, die sind sehr stark an den Menschenrechten ausgerichtet und andere weniger.

Bildung ist sehr stark menschenrechtlich orientiert. Insgesamt ist es aber immer noch so, dass die Disaggregation, die für die Menschenrechts-umsetzung so wichtig ist, von vielen Ländern, leider auch von Deutschland, torpediert wird. Das ist das Eine. Und das Zweite ist eher auf der Haben-seite. Konsultationen mit der Zivilgesellschaft im internationalen Rahmen haben dazu geführt, dass zum Beispiel Ziel 16 mit sehr ambitionierten und menschenrechtlich orientierten Indikatoren versehen ist. In der Nachhaltigkeitsstrategie gibt es einen Indikator zur Kriminalitätsrate, der vielleicht auch interessant ist, aber mit Menschenrechten nur mittelbar etwas zu tun hat.

Wenn ich auch noch so ein kleines wrap-up machen darf: Ich glaube, es ist der Erfolg der Agenda, oder die Entwicklung der Agenda geht unter anderem darauf zurück, dass es ein sehr partizipativer Prozess war im Rahmen der UN. So etwas gibt es nicht häufig bei den Vereinten Nationen. Klar, das ist ja auch ein Staatenverbund. Es war ein offener, partizipativer, hart verhandelter Prozess. Ich finde, dieser Level an Partizipation muss sich auch in der nationalen Umsetzung finden. Das wäre ein großes Anliegen. Und dieser Level muss sich eben auch nicht nur in der ersten Entwicklung der Indikatoren, sondern auch in der Überprüfung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie finden. Sonst ist irgendwie die Luft



raus, wenn es uns nicht gelingt, das Thema in die Gesellschaft, in die zivilgesellschaftlichen Organisationen zu bringen, sie damit zu befassen. Sonst lässt es sich auch schlecht oder gar nicht kommunizieren in die Gesellschaft hinein. Und ohne die Gesellschaft geht es nicht. Vielen Dank.

Uwe Zimmermann (Deutscher Städte- und Gemeindebund): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Kurze Abschlussanmerkung von mir. Herr Westphal, vielen Dank für den Hinweis: Lokale Agenda und die Bestärkung geht nur im Bündnis mit allen Akteuren vor Ort, das kann ich nur bestätigen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Stichwort zum Beispiel „Bürgerhaushalte“: Das machen vermehrt Städte. Das ist übrigens ein Import aus Südamerika, aus Brasilien, wo diese Bürgerhaushalte unter Beteiligung der Bürgerschaft in der Aufstellung lange Zeit geübt wurden. Das haben wir von dort gelernt.

Bürgerbegehren, Bürgerentscheid, das ist eine Thematik aus der Kommunalpolitik. Wir müssen im Übrigen in der Kommunalpolitik auch zusehen, uns ständig auch neu zu erfinden, weil das Problem der niedrigeren Wahlbeteiligung auch bei uns angekommen ist. Das ist nicht so gravierend wie bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Aber auch bei uns in der Kommunalpolitik merken wir, dass der direkte Kontakt mit der Bürgerschaft eine Thematik ist, die kein Selbstläufer ist und an der wir geschlossen arbeiten müssen.

Zu der Frage steuerlicher Entlastung. Ich bin gar nicht gefragt worden, ich sage trotzdem etwas dazu. Stichwort „E-Mobilität“. Da sind umgekehrt wir in den Städten gefragt worden, wie wir solche Prozesse fördern können, gegebenenfalls auch steuerlich. Sie haben ja hier im Bundestag vor kurzem die gesetzlichen Grundlagen dazu noch einmal neu justiert. Für uns ist natürlich die Emission vor Ort ein wichtiges Thema für die Lebensqualität in den Städten. Und wenn dann der Strom insgesamt nachhaltig erzeugt wird, haben wir insgesamt auch etwas davon. Denn natürlich tritt am Ort des E-Mobil betriebenen Fahrzeuges keine Emission auf, aber da, wo der Strom erzeugt wird, dann vielleicht umso mehr.

Zu dem Stichwort „Menschenrechte“ würde ich auch gerne etwas sagen. Es gibt dieses Thema

auch bei uns. Es gibt übrigens auch einen Kongress der Kommunen beim Europarat neben dem Ministerkomitee und der Parlamentarischen Versammlung. Eine der Säulen ist auch bei der Kontrolle der Menschenrechtskonvention. Da sitzen neun deutsche Bürgermeister/Bürgermeisterinnen, Landräte und Stadtratsmitglieder drin, so dass die Frage der Indikatoren der Menschenrechte direkt ein kommunalpolitisches Feld bei uns ist.

Ein letztes Stichwort „Kinderarbeit“: Wir sind seit Jahren mit dem Thema beschäftigt, bei öffentlichen Aufträgen Kinderarbeitsprodukte auszuschießen. Da könnten uns der Bund und auch Europa helfen, was ein verlässliches Zertifikat angeht. Denn unsere kommunalen Vergabestellen können nicht nachkontrollieren, wie in Südamerika oder sonst auf der Welt produziert oder nicht produziert wurde. Wir hätten gerne ein belastbares Zertifizierungssystem dafür. Wir haben es nicht, wir können es selber nicht schaffen. Und das würde an der Stelle aus unserer Sicht die Sache wirklich weiterbringen.

Letzter Punkt noch einmal: Kinderarbeit. Wir haben Musterfriedhofssatzungen gemacht. Das ist vielleicht ein Thema, mit dem Sie nicht rechnen. Es wird geschätzt, dass etwa jeder dritte Grabstein in Deutschland von indischen Kindern aus dem Berg gebrochen wurde. Wir haben Satzungen gemacht, die das Aufstellen dieser Grabsteine daran binden, dass Produkte aus Kinderarbeit ausgeschlossen werden. Die Prozesse haben wir leider bisher bei den Obergerichten verloren. Da kommt der Hinweis auf die Berufsfreiheit der Steinmetze, die dann ihrerseits wieder sagen: Wie soll ich kontrollieren, wo der Stein herkommt, den ich hier aufstelle? Das ist ein sehr ernst zu nehmendes Thema. Ich weiß, „Friedhofssatzung“ klingt auf den ersten Blick seltsam. Da könnten Sie uns als Bund auch helfen, weil wir es in den Kommunen nicht schaffen, diese Produktionsketten aus unserer Sicht nachhaltig abzusichern und kontrollfähig zu machen. Das ist eine Sache, die mindestens den Bund oder vielleicht auch die Europäische Union beschäftigen müsste und umgekehrt uns dann in den Städten das Instrumentarium in die Hand gibt, auch da eine nachhaltigere menschenrechtsgerechtere Politik zu machen und so die Entscheidungen treffen zu können. Danke.



Stellv. Vors. **Dr. Lars Castellucci** (SPD): Vielen Dank. Herr Zimmermann, Ihnen kann ich versichern, dass die kommunale Basis hier im Bundestag schon sehr breit ist. Es sitzen einige hier, die schon Friedhofssatzungen mit verabschiedet haben. Also, wir verstehen durchaus, welches Anliegen Sie haben und welchen Stellenwert so etwas ganz konkret hat. Und vielen Dank auch für diesen Hinweis.

Wir haben im Grunde drei Ebenen. Die erste Frage ist: Was wollen wir überhaupt erreichen? Und welche Zielstellungen, gemessen an welchen Indikatoren, nehmen wir uns vor in Deutschland? Dazu haben Sie sehr viele und konkrete Hinweise gegeben, konkrete Indikatoren benannt, wo Sie sagen, da muss Politik drauf schauen. Herzlichen Dank dafür. Am Ende ist die Frage, was heißt „konkret“? Und tatsächlich nach solchen konkreten Hinweisen haben wir gesucht. Die haben Sie uns gegeben.

Der zweite Punkt ist: Wie bekommen wir das denn dann hin? Organisatorisch letztlich. Das Stichwort „Governance“ ist gefallen. Aber von Ihnen wurde auch eine starke Einbeziehung gefordert, nicht nur bei der Entwicklung der Agenda, die wir uns vornehmen, sondern dann auch bei der Umsetzung. Das haben wir wohl gehört, würde ich mal sagen, auch für die Kollegen hier im Raum. Wie es aber konkret aussehen soll und was man bei der gut ausgestalteten Architektur zum Thema „Nachhaltigkeit“ in Deutschland jetzt genau braucht, sind wahrscheinlich keine neuen Gremien, sondern ist eine Frage der Zusammenarbeit. Und wie die sich einspielen kann, da sind noch Fragen offen geblieben. Sie sind weiterhin herzlich eingeladen, dazu beizutragen.

Einen dritten Punkt möchte ich noch nennen, der uns beschäftigt hat heute: Wie gewinnen wir eigentlich viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter für unser Thema? Und da ist das Stichwort „lokale Agenda 21“ gefallen. Wir bräuchten ja eigentlich, so hat sich auch der Beirat hier geäußert, nichts anderes als einen Neustart. Eine „Agenda 21 2.0“. Wir müssten den Aufbruch, den es in den neunziger Jahren gegeben hat, wieder schaffen. Wie können wir uns da gegenseitig stützen und motivieren und auch behilflich sein, dass uns das gelingt? Das müssten wir in den nächsten Wochen und

Monaten auch definieren und schauen, wie wir es erreichen können.

Die Probleme da draußen, glaube ich, machen den Menschen die Dringlichkeit nicht nur für das Anpacken an den Problemstellungen, die wir hier haben, sondern auch für die globale Verantwortung, die sie alle haben, überdeutlich. Und die Bereitschaft ist eigentlich da. Was ich häufig wahrnehme, ist, dass die Menschen den Zugang nicht finden, wo sie denn mithelfen können. Es sei denn, es ist ganz konkret. Kleider sammeln für Flüchtlinge, das machen sie dann ganz schnell, dann sind sie da. Oder sie kommen und helfen. Aber wie sie sich in solche komplexen Prozesse gut einklinken können, das ist für Bürgerinnen und Bürger, die alle ihr normales Leben haben, manchmal ein bisschen schwer zu durchschauen.

Jetzt brauchen wir eigentlich keinen neuen Leitbildprozess. Das ist erst einmal alles erledigt. Jetzt ist die Frage, wie wir es konkret so machen können, dass wir mehr Menschen erreichen damit. Und das trifft die Unternehmen genauso. Ich habe Ihnen sehr gut zugehört, Herr Große Entrup. Sie haben von der Industrie gesprochen. Wirtschaft und Industrie. In Ihrem Skript standen die Unternehmen drin. Auch bei Ihnen ist ja die Frage, wie ich die breite Masse an Unternehmen erreiche. Bayer muss wahrscheinlich, Frau Dr. Wilms muss jetzt kurz die Luft anhalten, nicht sehr viel nachhaltiger werden. Oder Freiburg muss sich auch nicht viel nachhaltiger machen. Die Frage ist, wie motiviere ich eigentlich eine breite Masse von kleinen Städten und Gemeinden? Und wie überfordere ich sie nicht mit vielen Indikatoren und großen Prozessen? Sondern wie können sie spüren, dass auch sie in der Lage sind als kleines Unternehmen, als kleine Gemeinde, einen positiven Beitrag für dieses Gesamte leisten? Wie kann ich das als Baukasten darstellen?

Sie haben uns viele Hausaufgaben gegeben. Das ist jetzt so ein kleiner Teil, den wir auch wieder an Sie zurückschieben können. Aber klar ist am Ende des Tages, dass das, was Herr Prof. Weiger eingangs sagte, richtig ist. Wir haben jetzt sehr viel gemacht, aber wir sind noch nicht auf einem guten Weg. Das kann man nicht sagen. Klar, es gibt einzelne Punkte wie eben die Entkopplungsfrage, die angesprochen worden ist. Aber am Ende des



Tages sind wir noch nicht so, dass wir uns nachhaltig verhalten. Das heißt, wir sind sehr viel weiter als vor zwanzig Jahren. Das kann man auch mit wirklich viel Selbstbewusstsein und auch Stolz sagen. Und es ist auch Ihr Beitrag in den letzten Jahren gewesen, dass das so erreicht werden konnte. Aber es ist eben noch nicht ausreichend. Und wir müssen gemeinsam diese SDGs nutzen, um diesen neuen Anlauf und neuen Aufbruch in Richtung Nachhaltigkeit jetzt auch wirklich zu schaffen.

Vielen Dank für Ihre Beiträge. Bleiben Sie uns so gewogen und begleiten Sie uns kritisch. Sagen Sie es ganz laut, dass wir als Parlamentarischer Beirat gestärkt sein müssen und wichtig sind. Das hilft uns im parlamentarischen Alltag auch. Und einen guten Abend für Sie.

Schluss der Sitzung: 19:40 Uhr

Dr. Lars Castellucci, MdB
Stellv. Vorsitzender



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Kommunaler Spitzenverband in Deutschland und Europa

www.dstgb.de

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache
18(23)69-1



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

40. Sitzung
des Parlamentarischen Beirates
für nachhaltige Entwicklung
Öffentliche Anhörung
zur Umsetzung der SDGs

24. Februar 2016

**Uwe Zimmermann | Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Deutscher Städte- und Gemeindebund**

1. Was sind für Sie die zentralen Herausforderungen im Rahmen des aktuellen Fortschreibungsprozesses der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie?

- a. Kommunen und Regionen nehmen bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie schon eine erfolgreiche und Schlüsselrolle ein. Gewöhnungs- und „Ermattungseffekte“ müssen vermieden werden.
- b. Die Erwartungen an Kommunen sind vielfältig, daraus ergeben sich Zielkonflikte, am Ende sind Prioritätsentscheidungen nötig. Die Nachhaltigkeitsagenda muss Verankerung und Rückhalt in der Bevölkerung finden.
- c. Ein möglichst wirksamer kommunaler Beitrag zur Nachhaltigkeit bedingt handlungsstarke Kommunen, zum Beispiel hinsichtlich der Kompetenzen oder auch der finanziellen Handlungsspielräume.



STEIGENDE
SOZIALAUSGABEN

DEMOGRAFISCHER
WANDEL

VERSCHULDUNG

FLÜCHTLINGE

VERFALL DER
INFRASTRUKTUR



DStGB

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände*

(in Mrd. Euro)



* Jeweils per 31. 12.; ab 2010 einschließlich Extrahaushalte

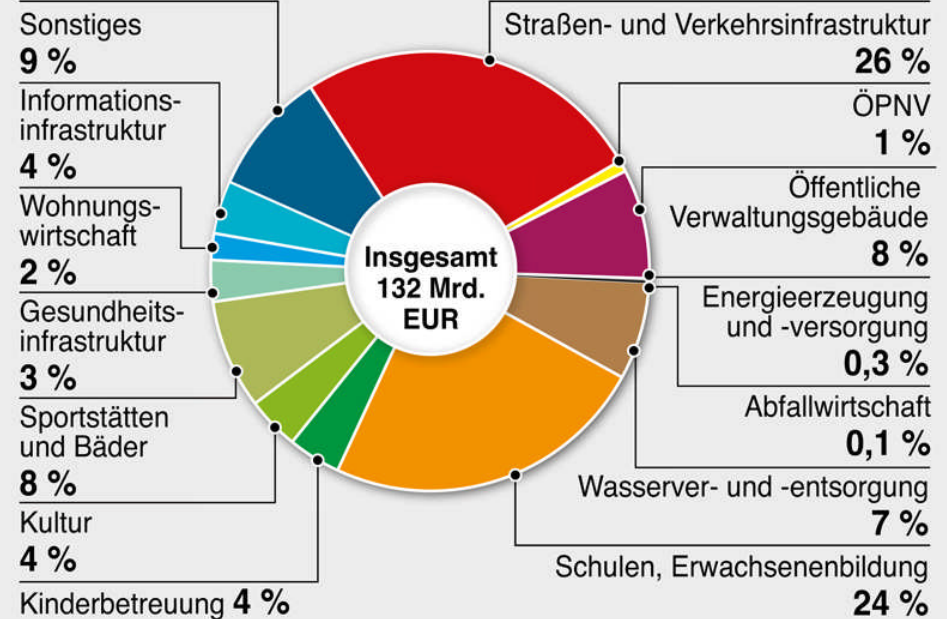
** 31.03.2015

Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: Deutscher Städte- und Gemeindebund

Investitionsrückstand in Mrd. EUR

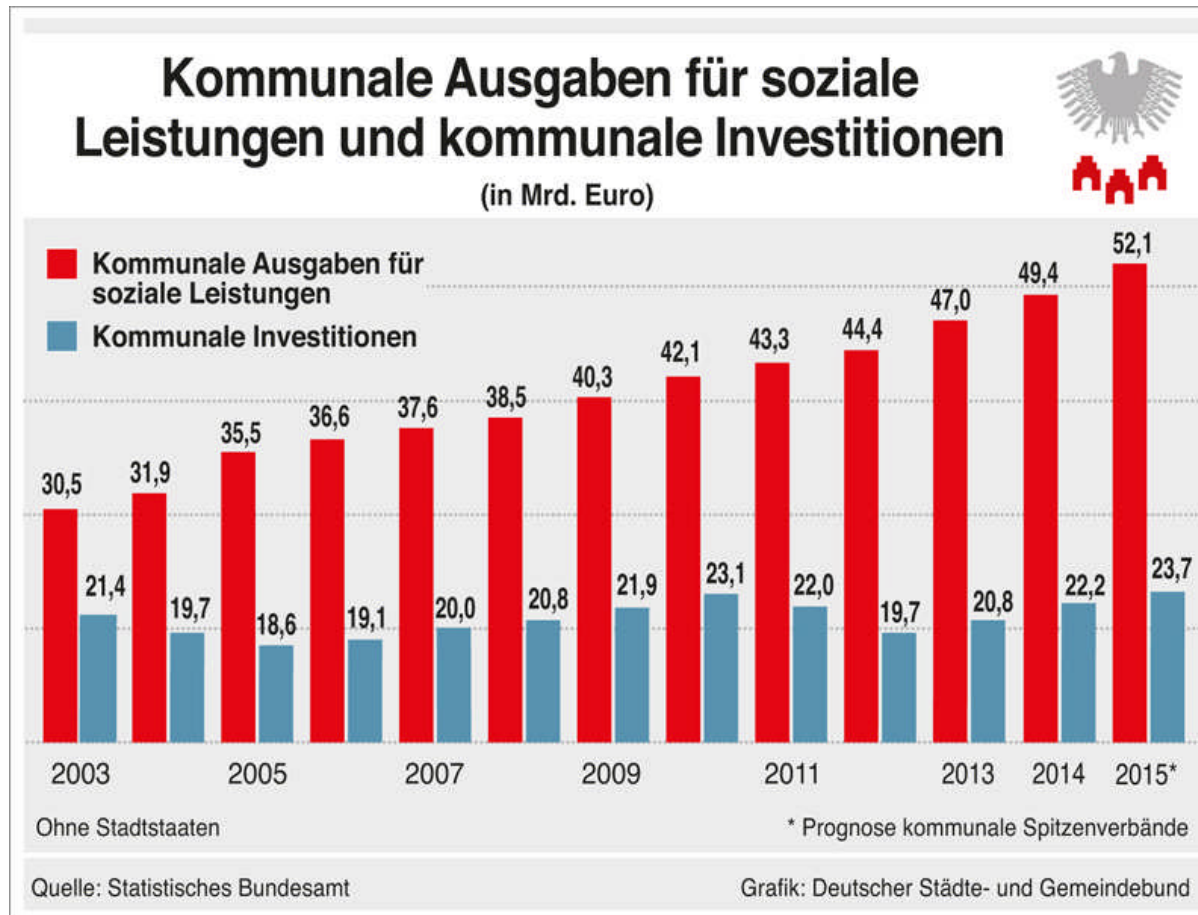
Hochrechnungen für Städte, Gemeinden und Landkreise



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2015

Grafik: Deutscher Städte- und Gemeindebund

Infrastrukturoffensive schaffen!



Die Politik muss neben der sozialen Gerechtigkeit auch eine Infrastrukturoffensive mit in ihre Zielsetzung aufnehmen.

1. Was sind für Sie die zentralen Herausforderungen im Rahmen des aktuellen Fortschreibungsprozesses der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie?

d. Viele wichtige Projekte wurden schon initiiert: die Energiewende, nachhaltige öffentliche Beschaffung, „Schuldenbremsen“. Der Prozess darf aber auch nicht überambitioniert überfrachtet werden.

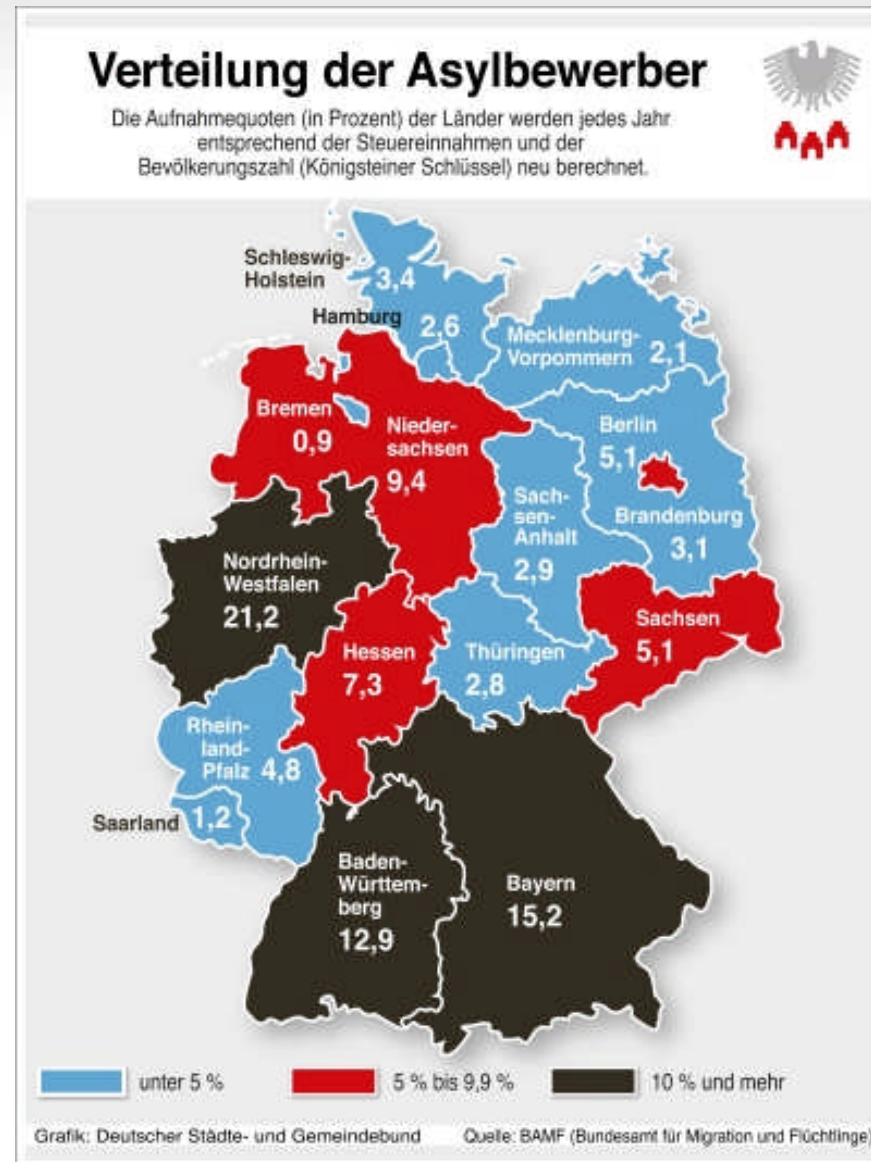
e. Nachhaltigkeit muss in der globalisierten Welt international verankert werden: „Partnerschaft von der Gemeinde bis zu den Vereinten Nation“ anstrebenswert.

f. Die hohen Flüchtlingszahlen stellen die Kommunen vor ganz erhebliche zusätzliche Herausforderungen, die umfassend Ressourcen binden und binden werden.



Migration und Integration

- Kommunen müssen in kurzer Zeit möglichst viel Wohnraum schaffen.
- Die Anschlussunterbringung und vor allem Integration der Flüchtlinge bei Wahrung des Zusammenhalts in der Gesellschaft wird absehbar über Jahre in vielen Kommunen ein vorherrschendes Thema sein.
- Diese Ziele müssen im Rahmen u.a. einer nachhaltigen Finanzpolitik umsetzbar sein.





2. Welche konkreten Erwartungen formulieren Sie an die überarbeitete deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, um eine ambitionierte und robuste Umsetzung der SDGs auf nationaler Ebene gewährleisten zu können?

- a. Partnerschaftlicher Ansatz zwischen Bund, Ländern und Kommunen in allen Planungs- und Umsetzungsschritten der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.
- b. Das Nachhaltigkeitsmanagement, die Zusammenfassung der bestehenden Steuerungselemente und -verfahren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sind ein guter Instrumentenkasten für die Umsetzung.
- c. Weiter Beratung, Unterstützung, Erfahrungsaustausch der Kommunen bei der Übertragung der SDGs in die Kommunalpolitik.



2. Welche konkreten Erwartungen formulieren Sie an die überarbeitete deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, um eine ambitionierte und robuste Umsetzung der SDGs auf nationaler Ebene gewährleisten zu können?

d. Der Aspekt der Langfristigkeit der Strategien und Prozesse zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele könnte verbessert werden.

e. Zugleich dürfen politische Entscheidungsprozesse aber auch nicht zu langfristig gebunden sein, um ein aktives und engagiertes Mitwirken der Verantwortlichen zu motivieren.

f. Das Ziel des zukunfts- und generationengerechten Handelns muss weiter vertieft werden. Dies gilt nicht zuletzt für die Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte. Die Kommunen haben hier eine Vorreiterrolle eingenommen.



3. Durch welche Instrumente oder Mechanismen sollte die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ergänzt werden?

- a. Grundsätzlich sind die vorhandenen Instrumente und Mechanismen leistungsfähig und zielgenau. Deren Umsetzung und Verwirklichung sollte Vorrang vor der Einführung weiterer Instrumente haben.
- b. Das Nachhaltigkeitsmanagement, die Zusammenfassung der bestehenden Steuerungselemente und -verfahren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sind ein guter Instrumentenkasten für die Umsetzung.
- c. Ausbau der europäischen Abstimmung und Vergleichbarkeit bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele.



4. Wie sollte aus Ihrer Sicht in Zukunft die Überprüfung der Nachhaltigkeitsstrategie gestaltet sein?

- a. Die Nachhaltigkeitsindikatoren sind bereits ein bewährtes Instrument. Dies gilt auch für eine Folgenabschätzung Nachhaltigkeit und andere Instrumente.
- b. Im Grundsatz ist kein Bedarf für zusätzliche Überprüfungsinstrumente ersichtlich.
- c. Überprüfung und Kontrolle des Erreichens von Nachhaltigkeitszielen ist ein wichtiger Teil erfolgreicher Nachhaltigkeit, darf aber nicht unverhältnismäßig Ressourcen binden.

4. Wie sollte aus Ihrer Sicht in Zukunft die Überprüfung der Nachhaltigkeitsstrategie gestaltet sein?

d. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie steht im Zentrum der Überlegungen. Eingebettet ist aber auch diese in den politischen und legislativen Rahmen der EU.

e. Die Umsetzung und Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele sollte daher sinnvollerweise auch in einem EU-Kontext abgeglichen und miteinander verglichen werden. Zudem es die Motivation erhöhen würde, einen Gleichklang in Europa zu sehen sowie eine sich im europäischen Kontext gegenseitig verstärkende Verwirklichung der Nachhaltigkeitsagenda.



5. Haben Sie bereits eigene Pläne, wie Sie die Umsetzung der SDGs unterstützen bzw. begleiten wollen?

- a. Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele wurde in den kommunalen Spitzenverbänden beginnend beim Weltkommunalverband fest in der Arbeit etabliert.
- b. Der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und dem Internationalen Dialog/Städtepartnerschaftsarbeit der Städte und Gemeinden soll mehr Raum und Engagement gegeben werden.
- c. Das Engagement des „Kommunalen Wissenstransfers Deutschland – Griechenland“ könnte vorbildgebend sein für eine erweitertere internationale kommunale Zusammenarbeit, gerade und auch im Kontext der Migration.



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Die Deutsch-Griechische Versammlung –

eine besondere und
bislang einzigartige
kommunale
Erfolgsgeschichte der
internationalen
Zusammenarbeit von
Bürgermeisterinnen und
Bürgermeistern.

GRDE.EU - GRDE

www.grde.eu

grde.eu Deutsch-Griechisches Netzwerk "Regionen, Städte, Menschen" Ελληνογερμανικό Δίκτυο "Περιφέρειες, Δήμοι, Άνθρωποι"

Suchbegriff eingeben

DGV ▾ Aktuell ▾ Projekte ▾ Mitmachen ▾ Presse ▾

Sie befinden sich hier: - GRDE

grde.eu

Fünfte Deutsch-Griechische Versammlung
4. bis 6. November 2015 in Berlin

« »

KOMMUNEN DURCHBRECHEN DIE MAUER DER KRISE

Fünfte Deutsch-Griechische Versammlung
4. bis 6. November in Berlin

Pause

DGV

Bürgermeisterbüros

Projekte

Die Tätigkeits Schwerpunkte der DGV in Deutschland und Griechenland haben sich in den letzten beiden Jahren bedingt durch das Anwachsen des deutsch-griechischen Netzwerks weiterentwickelt.

Im Herbst 2012 begann im Rahmen der DGV der Wissenstransfer zwischen aktiven und ehemaligen Bürgermeistern und Landräten aus Deutschland mit Kollaboration und

Nähere Informationen



5. Haben Sie bereits eigene Pläne, wie Sie die Umsetzung der SDGs unterstützen bzw. begleiten wollen?

- d. Erbringung des den Kommunen möglichen Beitrags zur Bekämpfung von Fluchtursachen im Rahmen einer internationalen Nachhaltigkeitsagenda.
- e. Weitere Verbreitung Kommunaler Erklärungen zu den Millenniums-Entwicklungszielen.
- f. Unterstützung der Nachhaltigkeitsziele im Veranstaltungsangebot, Beispiel die schon langjährig eingeführte „Klimaschutzkonferenz“ des DStGB.
- g. Unterstützung breiter Bündnisse z.B. aus Vereinen, Initiativen, Schulen, Universitäten, Wirtschaft, Handwerk, Gewerkschaften und Kirchen, NGOs und Wissenschaft.



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Autor

Uwe Zimmermann
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstraße 6
12207 Berlin

Fon 030 - 773 07 230
Fax 030 - 773 07 222

uwe.zimmermann@dstgb.de
www.dstgb.de